Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 86. Dienstag, den 14. April 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nachwehen oder Geburtswehen?

(Die epirotische Frage.)

Wieder werden die Waffen auf dem Balkan gekreuzt. Der Aufstand der Epiroten ist ausgebrochen. Albanien mobilisiert. Die Mächte des Dreibundes und des Dreiverbandes verhandeln untereinander und miteinander. Oesterreich und Italien, die „Schutzmächte", werden nervös und die italienischen Torpedobootszerstörer kreuzen schon in den albanischen Gewässern, ganz „zufällig", wie offiziös aus Rom gemeldet wird. Sind es die letzten Zuckungen des Balkans, bevor er endlich zur Ruhe kommt, oder ist der Anfang von neuen Balkanwirren mit Kriegsgefahr für Europa in Aussicht?

Die Balkankriege mit ihren für Griechenland außerordentlichen Erfolgen haben das Nationalbewußtsein der Griechen innerhalb und außerhalb ihres Landes ins Ungemessene gesteigert. Es ist deshalb begreiflich, daß die Epiroten sich nicht leicht mit ihrer Angliederung an Albanien abfinden können. Daß sie aber imstande waren, zu den Waffen zu greifen, daß verdanken sie nicht nur der Unterstützung der Bevölkerung Griechenlands, sondern auch der Regierung, die durch Tun und Unterlassen den vor langer Zeit vorbereiteten Aufstand förderte. Die griechische Regierung hat die ganze Zeit ein Doppelspiel getrieben. Nach den niederschmetternden Niederlagen der Türken träumte Griechenland von ganz Südalbanien. Als aber die Beschlüsse der Londoner Konferenz durch Schaffung des albanesischen Staates diesem Traum ein jähes Ende bereitete, fügte es sich ihnen äußerlich, unternahm aber einen zähen Kampf gegen diese Beschlüsse. Die Grenze Griechenlands sollte soweit wie möglich nach Norden vorgeschoben werden. Alle Mittel wurden angewandt, um die internationale Kommission, die an Ort und Stelle die Grenze festzustellen hatte, in einer für diese Ziele günstigen Weise zu beeinflussen. Als die Grenze schließlich bestimmt wurde, begann man ein Spiel mit der Zurückziehung der griechischen Besatzung vom albanischen Gebiete. Sie sollte schon am 18. Januar vollzogen sein. Man erwirkte aber immer wieder einen Aufschub und jetzt, wo der allerletzte Termin am 31. März abgelaufen war und die Räumung, die man nochmals (im Februar) feierlich versprochen hatte, begann, brach der Aufstand aus, weshalb die griechische Regierung die Mächte in einer Note darauf aufmerksam macht, daß die Zurückziehung nicht angebracht sei.

Offiziell benahm sich die Regierung ganz korrekt. In einer Note versprach sie den Mächten, sich den Beschlüssen zu fügen und den Truppen den Befehl zugehen zu lassen, innerhalb der festgesetzten Frist die Albanien zugewiesenen Gebiete zu räumen. Sie übernahm die ausdrückliche Verpflichtung, nicht nur keinen Widerstand zu leisten, sondern, wie es die Mächte verlangten, dem Widerstand von anderer Seite keinen Vorschub direkt oder indirekt zu leisten.

In einem offiziellen Comuniqué wurde dann mitgeteilt, die Regierung habe der Bevölkerung empfohlen, die revolutionären Behörden nicht anzuerkennen, die Abschaffung der Verwaltungsbehörden nicht zu gestatten, nicht auszuwandern, sondern sich der albanischen Regierung zu unterwerfen. Später wurde die Blockade über Santi Quaranta von der griechischen Regierung verhängt. Und dennoch ist es eine Tatsache, daß sich in den Reihen der Aufständischen griechische Soldaten und Offiziere befinden, daß die Epiroten über Kanonen und Maschinengewehre verfügen, die griechischen Ursprungs sind. —

Daß Griechenland diesen Kampf mit den feierlichen Beschlüssen der Mächte aufzunehmen wagte, erklärt sich einfach daraus, daß sich zwei einander bekämpfende Gruppen, Dreibund und Dreiverband gegenüberstehen. Griechenland findet in Frankreich seine Hauptstütze, denn Frankreich hat Griechenland als ein Gegengewicht gegen Italien im östlichen Mittelmeer erkoren. Rußland stellt Griechenland in seine Balkanrechnungen ein und England zieht, wenn auch nicht so energisch, am selben Strange, denn es hat keine Ursache, sich Griechenland feindlich gegenüberzustellen.

Die Erfolge, die Griechenland in diesem Kampfe einheimste, sind bisher nicht glänzend gewesen, denn Griechenland stieß auf den Widerstand Italiens, dessen Machtbewußtsein durch den erfolgreichen tripolitanischen Raubzug auch stark gestiegen ist. Italien im Bunde mit Oesterreich gelang es auf der Konferenz in London, Albanien dem Balkanbunde zu entreißen und sich für die Zukunft zu reservieren. Die Grenze Albaniens im Süden entsprach ganz Italiens Wünschen, die dahin gingen, Griechenland nicht beide Küsten der Meeresstraße bei Korfu zu überlassen. Schließlich setzte Italien durch, daß die Frage der südalbanischen Grenze mit der der ägäischen Inseln verkoppelt wurde, so daß die für Griechenland außerordentlich wichtige Besitznahme der Inseln, in erster Reihe der großen Inseln Chios und Mytilene von der Räumung Südalbaniens abhängig gemacht wurde. Das einzige, was Venizelos mit seiner Reise nach den europäischen Höfen erreicht hatte, war das Zugeständnis einer kleinen Grenzregelung bei Argyrokastro.

Griechenland hat dennoch die Hoffnung nicht verloren, entweder die Grenze zu seinen Gunsten zu korrigieren, oder Epirus zu einer Stellung innerhalb Albaniens zu verhelfen, die einer eventuellen Annektion in der Zukunft den Weg ebnet.

Die Epiroten, die eine autonome Regierung hatten, erklären sich jetzt bereit, mit der albanischen Regierung zu verhandeln. Sie sehen schon von einer Unabhängigkeit ab, sogar eine Realunion scheinen sie fallen zu lassen, aber sie verlangen eine gewisse Autonomie. Sie sollen nicht nur darauf bestehen, daß ihnen Garantien für die freie kulturelle Entwicklung gewährt werden, daß die Unterrichts-, die Verwaltungs- und die Gerichtssprache, wie die Sprache der kirchlichen Messe griechisch sein soll, sie fordern die Einsetzung eines Generalgouverneurs von orthoxer Konfession, der von der griechischen Regierung genehmigt werden muß. Die letzte Forderung ist mit dem Bestand eines selbständigen albanischen Staates gänzlich unvereinbar und zeigt ihre Herkunft und den Zweck: das Band zwischen Epirus und Albanien möglichst zu lockern und die Fäden nach Griechenland desto stärker zu befestigen. Das wird den Epiroten kaum gelingen. Die albanische Regierung will im Falle des Scheiterns der Verhandlungen eine Expedition nach dem Süden schicken. Das ist zwar nicht leicht durchzuführen, denn in Albanien herrschen, wenn nicht anarchistische, so doch keine geordneten Zustände, die eine Militäraktion rasch durchführen lassen, abgesehen davon, daß die Regierung sich im Norden befindet, weit vom Kampfplatze in einem bergigen Lande ohne Wege und Eisenbahnen und, was noch schlimmer ist, ohne Geld. Es ist aber nicht zu zweifeln, daß Albanien schließlich Herr dieses Aufstandes werden kann. Soweit wäre die Sache erledigt, denn offen mit seinen Streitkräften in den Kampf einzugreifen, das wird Griechenland nicht wagen.

Die Gefahr für Europa könnte nicht von Griechenland, sondern von den „Schutzmächten" drohen. Wir erinnern uns, wie über Nacht der Gedanke einer Expedition nach Albanien auftauchte, vor einem Jahre, im Anfang des Monats Mai. Ein Grund lag auch damals nicht vor, noch weniger als jetzt. Der König der Montenegriner gab Skutari nicht heraus, deshalb wollte man in Oesterreich einen militärischen Druck auf ihn ausüben. Wenn schon, denn schon — auf einmal erscholl die Losung: Expedition nach Albanien.

Zum Glück liegen die Dinge jetzt anders. Oesterreich, das am Norden interessiert ist, hat die nördliche Grenze gegen Serbien bereits durchgesetzt. Es ist deshalb nicht geneigt, sich der südalbanischen Grenze wegen, die nur für Italien in Betracht kommt, auf solche gefahrvollen Abenteuer einzulassen. Italien kann aber, durch Abmachungen und die ganze Lage gebunden, selbständig in der albanischen Frage nicht vorgehen. Alle Operationen, wie z. B. die Absendung der Torpedobootszerstörer, tragen einen rein demonstrativen Charakter. Sie sollen den Mächten und in erster Reihe Griechenland klar machen, daß Italien nicht geneigt ist, seine Interessen preiszugeben.

Nur eine Expedition nach Albanien könnte europäische Verwicklungen heraufbeschwören. Eine Expedition bedeutet Besetzung und wie es üblich ist, gibt keine Macht freiwillig das heraus, was sie einmal, wenn auch zeitweilig, besetzt. Dasselbe Italien liefert uns ein neues Beispiel mit den zwölf Inseln, die es nach dem Lausanner Vertrag den Türken zurückzugeben sich verpflichtete und bis jetzt behält. Die Okkupation würde den Tod des albanischen Staates bedeuten. Damit würden weder Serbien und Griechenland, noch Rußland und Frankreich sich abfinden. Bleibt aber die Expedition aus, und damit kann man rechnen, so liegt keine Gefahr vor, denn der Balkan ist zu erschöpft und die anderen Großmächte sind vorläufig mit neuen gewaltigen Rüstungen beschäftigt.

Allem Anschein nach wird also der epirotische Aufstand die letzte Episode in der Balkankrise bilden (die Auseinandersetzung Griechenlands mit der Türkei bezüglich der Aegäischen Inseln ausgenommen). Aber wenn auch keine direkte Gefahr vorliegt, so bleibt doch die Beunruhigung, und die Kosten haben immer die breiten Massen zu tragen, denn die erste Folge ist die lähmende Wirkung auf das Wirtschaftsleben. Man läßt den Balkan nicht zur Ruhe kommen und unterbindet damit den Handel und die Industrie jener Länder, die in Verbindung mit dem Balkan stehen. Zu diesen gehört nicht in letzter Reihe Deutschland.

Deutschland ist nicht unmittelbar interessiert in diesem Kampf zwischen Griechenland und Italien und, wenn es den Weg beschreitet, den die Balkankrise ihm vorgeschrieben hat, nämlich die Fühlungnahme mit England, das wie Deutschland nicht direkt an dieser Frage interessiert ist, so hat es die Möglichkeit, auf die Gegensätze der beiden Gruppen ausgleichend und mildernd zu wirken. Diese Handlungsweise im Interesse des Friedens und der ungehinderten ökonomischen Entwicklung würde gleichzeitig der praktischen Annäherung der beiden Mächte dienen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die umgearbeitete Kabinettsorder.

Während eine Anzahl liberaler Blätter die kühne Behauptung aufstellt, daß die neue Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs immerhin eine gewisse Verbesserung gegenüber dem herrschenden Zustand darstelle und wenigstens die famose Kabinetsorder von 1820 außer Kraft setze, ist selbst die „Germania" viel skeptischer. Gibt doch das Zentrumsblatt dem Verdacht Ausdruck,

„daß die bekannte Kabinettsorder von 1820, die im Falle Zabern häufig erwähnt wurde, bei der Ausarbeitung der neuen Vorschrift als Muster und Leitfaden gedient, vielleicht sogar bei der Stabilierung des „Militär-Hoheitsrechtes" eine Verschärfung erfahren hat."

Daß diese Annahme nur zu begründet ist, zeigt schon folgende Gegenüberstellung:

In der Kabinettsorder hieß es:	Jetzt soll es heißen:
Findet der Militär-Befehlshaber bei Beobachtung des Auftritts nach Pflicht und Gewissen, daß die Zivilbehörde mit der Requisition um Militärbeistand zu lange zögere, indem ihre Kräfte nicht mehr zureichen, die Ruhe herzustellen, so ist er befugt und verpflichtet, auch ohne Requisition der Zivilbehörde einzugreifen und den Befehl, dem diese sich zu fügen hat, zu übernehmen.	Beim „staatlichen Notstand" ist das Militär auch ohne Anforderung der Zivilbehörde selbständig einzutreten befugt und verpflichtet, wenn in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Anforderung zu erlassen.

Das ist im Grunde das gleiche, denn die Wörtchen „infolge äußerer Umstände außerstande" lassen sich schon so drehen und deuteln, daß jeder spätere Gewaltakt genau so straffrei bleiben würde, wie das ungeheuerliche Willkürregiment, das Oberst Reuter in Zabern geübt hat.

Schwere Beschuldigungen gegen die Zentrumspartei

erheben die „Berliner Neuesten Nachrichten". Es handelt sich um die Affäre der Duala-Neger in Kamerun. Das Scharfmacherblatt vertritt hier bekanntlich in übereifriger Weise die Interessen der Kolonialverwaltung und versuchte schon kürzlich, die Uebergriffe der Behörden von Duala mit allerhand faulen Ausreden zu entschuldigen. Bei den nachfolgenden Angriffen auf die Zentrumspartei darf man diese Tendenz der Kolonialnotizen der „Berliner Neuesten Nachrichten" nicht aus dem Auge lassen. Es wird von dem Blatte jetzt behauptet, daß der ganze Duala-Skandal nur deshalb aufgestochen worden sei, weil das Zentrum irgend einem Schützling in den Kolonien damit dienen wolle. Das Blatt verweist auf den Fall Wistuba und sagt dann:

„Trotzdem wir vorläufig keinen Namen nennen, möchten wir betonen, daß so etwas (wie der Fall Wistuba) in der Luft liegt und uns von vornherein gegen den Verdacht leerer Vermutungen wehren. Die zuständigen Instanzen und die Herren, die es sonst angeht, werden ja wohl ohnehin genau wissen, was wir im Auge haben.

Es wäre an der Zeit, daß einmal alle Reichsämter sich zusammentäten, und der staunenden Oeffentlichkeit in einer ausführlichen Denkschrift darlegten, wie oft ihnen zugemutet worden ist, sachliche Zustimmungen von gewissen Zentrumsseiten zu erkaufen durch persönliche Gefälligkeiten, die unter den Begriff des Nepotismus fallen. Diesen Begriff des Nepotismus wird man ja wohl Zentrumsmännern nicht erst näher zu erklären brauchen. Wer spitzt das Messer für den so notwendigen neuen Stich in die alte, stärker denn je schwärende Eiterbeule?"

Das Zentrum wird genötigt sein, zu den schweren Vorwürfen Stellung zu nehmen. Vielleicht stellt sich dann

heraus, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nur versuchten, unter Anschuldigungen anderer das schwere Verschulden der Kolonialverwaltung in Duala zu verschleiern.

Klerikale Lockrufe.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der nationalliberalen Partei und die Haltung der Fortschrittler bei der Nachwahl in Born-Pegau geben der „Kölnischen Volkszeitung“ wieder einmal Veranlassung, den Nationalliberalen auseinanderzusetzen, daß sie besser täten, die Fortschrittler als Verbündete abzuschütteln und von nun an mit der Rechten zu gehen. Das Blatt meint:

„Für die Nationalliberalen würde ein Abrücken vom Freisinn keineswegs eine Schwächung zur Folge haben, denn die Verluste, die ihnen durch Versagen der freisinnigen Hilfe entstehen könnten, würden ohne Frage mehr als ausgeglichen durch ein Uebereinkommen mit den rechtsstehenden Parteien. Durch ein solches Zusammengehen gegen die Linke könnten die Nationalliberalen eine große Anzahl von Wahlkreisen, die heute sozialdemokratisch oder fortschrittlich vertreten sind, die aber früher schon nationalliberal vertreten waren, wieder erobern teils in der Stichwahl, teils im ersten Wahlgange. Es läßt sich auf die Dauer nicht vereinbaren, daß die Nationalliberalen sich als die entschiedensten Gegner der Sozialdemokratie betrachten, aber immer und überall die Fortschrittler als die gegebenen Bundesgenossen ansehen. Das Sprichwort: „Sage mir, mit wem Du umgehst und ich sage Dir, wer Du bist“ hat doch auch in diesem Falle seine Berechtigung nicht ganz eingebüßt. Heute liegen durch die Schuld des Freisinns die Dinge so, daß seine Unterstützung eine indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie ist.“ Den Nationalliberalen wird dann vorgerechnet, wie viele Mandate sie durch ein Zusammengehen mit der Rechten gewinnen können.

Nachdem die Konservativen bisher ohne sichtbare Erfolge ihre Locktöne haben laut werden lassen, kommen ihnen die Zentrumsblätter zu Hilfe mit der Absicht, die Reihen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu schließen. Die Kampfesweise der Konservativen gegen die Nationalliberalen, die noch immer auf der Höhe ist, paßt zu diesen Lockrufen aber gar nicht.

Das preußische Ausgrabungsgesetz,

datiert vom 26. März 1914, wird im „Preußischen Staatsanzeiger“ vom 9. April veröffentlicht. Der grundlegende § 1 besagt: „Eine Grabung nach Gegenständen, die für die Kulturgeschichte einschließlich der Urgeschichte des Menschen von Bedeutung sind, darf nur in der Weise erfolgen, daß nicht das öffentliche Interesse an der Förderung der Wissenschaft und Denkmalspflege beeinträchtigt wird.

Zum Beginne der Grabung ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten erforderlich.

Die Genehmigung darf nicht versagt werden, wenn die Erfüllung der Vorschrift des Abs. 1 gesichert erscheint. Bei Erteilung der Genehmigung sind die für die Grabung nach dem Maße des öffentlichen Interesses gebotenen Bedingungen zu bezeichnen.

Die Bedingungen können insbesondere die Ausführung der Grabung, die Anzeige entdeckter Gegenstände, deren Sicherung und Erhaltung sowie die Besichtigung der Grabungsstätte und der entdeckten Gegenstände betreffen. Für die Einhaltung der Bedingungen kann Sicherheitsleistung verlangt werden.“

Wer von einem für die Kulturgeschichte oder die Urgeschichte des Menschen bedeutungsvollen Fund die vorgesehene Anzeige unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft. Ebenso wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft bestraft, wer vorsätzlich einen Gegenstand, dessen Ablieferung verlangt werden kann, zerstört, beschädigt oder beiseite schafft und dadurch die Ablieferung vereitelt. Sogar der Versuch ist strafbar. Das sind harte Bestimmungen, die das preußische Dreiklassenhaus geschaffen hat.

Folgen der Zündholzsteuer.

In Kempten im Allgäu besteht seit vielen Jahren eine Zweigfabrik der Aktiengesellschaft „Union“ in Augsburg, Vereinigte Zündholzfabriken. Ab 6. April ist nun in der Filialfabrik in Kempten der Betrieb eingestellt worden. Die Fabrik wird aufgelassen, die Arbeiter, 60 an der Zahl, meist alte, lange Jahre in dem Betriebe beschäftigte Leute, sind entlassen worden. Die Betriebsleitung erklärt, zu dieser Maßnahme gezwungen zu sein, nachdem durch die Besteuerung der Zündhölzer kleinere Betriebe nicht mehr lebensfähig sind und außerdem ein fortwährender Rückgang des Konsums zu verzeichnen ist.

Postalische Sittlichkeits-Schnüffelei.

Auf Veranlassung des Reichspostamts finden, wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, zurzeit Ermittelungen bei einigen Oberpostdirektionen über die Natur des Chiffrebriefverkehrs durch Vermittlung der Postschalter statt. Die größeren Postämter sind zum Bericht darüber aufgefordert worden, ob nach Lage der Umstände anzunehmen ist, daß dieser Verkehr in der Hauptsache einwandfreien Zwecken (Stellungsgesuchen, Wohnungsangeboten usw.) dient, oder daß die Chiffresendungen auch, wie vielfach behauptet wird, überwiegend zur Verfolgung unlauterer Absichten benutzt werden, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben (unredliche Geldgeschäfte, unmoralische Gelegenheitsvermittlungen usw.) Auch soll angegeben werden, ob nach den Wahrnehmungen der Schalterbeamten Postlagerkarten vorwiegend für den einwandfreien oder für den nicht einwandfreien Briefverkehr benutzt werden. — Wie die Beamten das alles feststellen sollen, ohne daß sie Kenntnis von dem Inhalt der Briefschaften haben, ist nicht recht zu verstehen.

Ein Reichsvermögensstatistik.

Da die bisherigen, auf Schätzung beruhenden Angaben über das deutsche Volksvermögen in ihren Ergebnissen stark von einander abweichen und auch geringen Ansprüchen auf Zuverlässigkeit in keiner Weise genügen, hat die Reichsregierung die mit der Veranlagung zum Wehrbeitrag sich bietende Gelegenheit zur Aufmachung einer zuverlässigen Reichsvermögensstatistik erfaßt und dem Bundesrate einen Entwurf von Bestimmungen über die Wehrbeitragsstatistik vorgelegt. Das Verfahren ist derart geregelt, daß auf Grund der von den Veranlagungsbehörden für ihren Bezirk aufzustellenden Uebersichten Hauptübersichten gefertigt, und diese dann vom Kaiserlichen Statistischen Amt zusammengestellt und veröffentlicht werden.

Steigende Steuerflut.

In dem kleinen rund 100 000 Einwohner zählenden Ländchen Schwarzburg-Rudolstadt sind auf Grund des Wehrbeitrages 9 Millionen Mark mehr an Kapitalvermögen angemeldet worden, davon entfällt ungefähr ein Drittel auf die Stadt Rudolstadt. Eine hübsche Wirkung des Generalpardons.

„Agenten des Auslandes“.

In ihrer Sonntagsnummer äußert sich endlich die „Deutsche Tageszeitung“ zu dem Beschluß des russischen Parlaments, deutsches Getreide mit einem Zoll zu belegen, um damit die Wirkung der deutschen Ausfuhrscheine auszugleichen. Herr Dr. Oertel nimmt in höchsteigener Person selber das Wort und führt aus:

„Was dieser Beschluß politisch und wirtschaftlich für eine Bedeutung hat, liegt auf der Hand. Er ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern ist als Unfreundlichkeit gegen Deutschland gemeint und bestimmt. Das darf nicht übersehen, das soll nicht verhüllt werden. Es gilt, den Dingen ruhig und sicher ins Auge zu sehen. Sobald über die Dumaverhandlungen genauere Berichte vorliegen, kommen wir darauf zurück. Aus den jetzt vorliegenden geht aber schon deutlich hervor, daß die Befürworter des russischen Getreidezolles durchweg mit den Argumenten gearbeitet haben, die ihnen von der freihändlerischen Presse in Deutschland zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Blätter haben sich wieder einmal, insbesondere mit ihren Ausführungen über die Einfuhrscheine, wenn auch nicht als Agenten — diese Bezeichnung hören sie nicht gern —, so doch als Kronzeugen des Auslandes bewährt und bewiesen. Die deutsche Landwirtschaft wird sich auf die veränderten Verhältnisse einrichten müssen. Es fällt ihr nicht ein, um Gunst zu betteln.“

Gewiß, die Junker betteln nicht um Gunst. Das haben sie in Preußen-Deutschland auch gar nicht nötig, sie befehlen einfach der Regierung, die Lücken im Zolltarif sofort auszufüllen und den Handelsvertrag mit Rußland zu kündigen.

Journalisten im Reichsdienst.

Die „Post“ hält gegenüber einem Dementi der „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Meldung aufrecht, wonach in die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes einige Berufsjournalisten eintreten sollen. Die „Post“ beruft sich auf Rücksprachen, die der Unterstaatssekretär Wahnschaffe im Reichstag genommen hat.

Die Strafrechtskommission,

die unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Dr. Ebermaier tagt, gedenkt im Hochsommer dieses Jahres die Ausarbeitung eines Ausführungsgesetzes für das neue Strafgesetzbuch beenden zu können.

Auch die Jungliberalen in Köln danken für die Auflösung.

Der Verein der Nationalliberalen Jugend in Köln nahm in einer stark besuchten Versammlung zu den Auflösungsvorschlägen des Zentralvorstandes Stellung. Es wurde beschlossen, jedes Ansinnen, den jungliberalen Verband aufzulösen, entschieden abzulehnen.

Na also!

Das verhinderte Herrenhausmitglied, der Großkaufmann, Obervorsteher der Kaufmannschaft in Königsberg, Otto Meyer, hat, wie die Kreuzzeitung mitteilt, inzwischen das österreichisch-ungarische Generalkonsulat niedergelegt und ist in das Herrenhaus eingetreten.

Die sächsischen Industriellen gegen die Lex Heinze.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen den Entwurf eines Gesetzes über die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen Einspruch zu erheben, weil die Handhabung des Gesetzes zu schweren Schädigungen der Industrie, insbesondere des Buchgewerbes führen könne.

Die Borussifizierung Elsaß-Lothringens.

Die Karlsruher „Südd. Kons. Korrespondenz“, die sich besonderer Beziehungen zu chauvinistischen Kreisen rühmt, schreibt über die Absichten der Berliner Regierung:

1. Eine Versetzung des Straßburger Generals v. Deimling kommt für die nächsten Jahre nicht in Betracht. Wilhelm II wird im Gegenteil „den verdienten General“ bei seinem Anfang Mai zu erwartenden Besuch durch besondere Ehrungen auszeichnen.

2. Solange der Zaberner Magistrat nicht pater peccavi sagt und an Stelle des Herrn Knöpfler ein anderer Bürgermeister tritt, erhält Zabern kein Militär mehr. Die 99er werden in eine andere Garnison verlegt.

3. Die Garnisonierung der elsaß-lothringischen Rekruten in altdeutsche Garnisonen ist in Bälde zu erwarten.

Nun fehlt nur, daß Dallwitz Statthalter wird und die preußische Herrlichkeit ist in Elsaß-Lothringen perfekt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 14. April.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbök stehen mit der Firma in Lohndifferenzen. Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Das diesjährige Osterfest war ein echtes und rechtes Frühlingsfest. Warmer Sonnenschein lachte, neues Leben erweckend, vom Firmament und lockte zum Spaziergang ins Freie, wo die Natur sich neu zu schmücken beginnt und ihre Auferstehung feiert.

Auferstehen! Auferstehen!
Ja, der Morgen bricht sich Bahn,
Tausend Lebensflaggen wehen
Auf dem Frühlingsozean;
Himmel, Meere, Luft und Erde
Horchen auf das große „Werde!“
Saat und Blume strebt empor,
Und der Tag erschließt sein Tor!

Auch viele Proletarier, auf deren freudenarmes Dasein nur selten ein Strahl schöneren Lebensglückes fällt, wandelten mit ihren Familien

Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern,
Aus Handwerks- und Gewerbes-Banden,
Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge

in die prächtige Umgebung unserer Stadt, einige Stunden des Alltags Last vergessend.

Wie alle christlichen Feste gibt auch Ostern der bürgerliche Presse Veranlassung zu heuchlerischen Salbadereien. Da preist ein Blatt die Wahrheit, die es Gegnern gegenüber noch nie gekannt hat; es faselt von Freiheit und sein Bestreben ist die Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen. Und gar von Liebe reden jene, deren Handlungen nur Haß erzeugt. Die Arbeiterschaft sagt ehrlich was sie will, sie kämpft offen für ihre gerechte Sache, während die Gegner sich feig mit Tugenden schmücken, die sie nicht besitzen, um nach außen hin zu wirken.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Neumann hat Senator Dr. Lienau die Geschäfte des Polizeiherrn und den Vorsitz im Stadt- und Landamt übernommen.

Keine Staffelung des Schulgeldes an den höheren Schulen. Der Bürgerausschuß hatte im Jahre 1913 an den Senat das Ersuchen gerichtet, eine Prüfung der Frage vorzunehmen, ob auch an den Mittelschulen und den höheren Schulen eine Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen des Vaters, wie sie bei den Volksschulen eingeführt ist, durchführbar sei. Die Oberschulbehörde hat in einem ausführlichen Bericht ihre Stellungnahme dargelegt. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, daß Lübeck zu den Städten zählt, die das höchste Schulgeld erheben. Dazu komme die Einkommensteuer, die nach dem Grundsatz der Progression ausgestaltet sei. Aus der starken hiesigen Progression ergebe sich ohne weiteres, daß hier die wohlhabenderen Kreise viel stärker zu den Staatsaufwendungen herangezogen werden als in Preußen; sie zahlen also auch für die Erhaltung der Schulen verhältnismäßig mehr als die weniger Bemittelten in Lübeck und die Wohlhabenden in Preußen. Für die Mittelschulen kann nach dem Erachten der Oberschulbehörde eine Steigerung der Schulgeldsätze nach dem Prinzip des Einkommens zur Erzielung erheblicher finanzieller Vorteile für den Staat nicht in Betracht kommen. Die Eltern der Mittelschüler bilden eine relativ einheitliche Schicht, in der nur wenige über ein Einkommen von 3000 bis 4000 Mk. sich erheben dürften. Die Oberschulbehörde rät dringend davon ab, dem sogenannten Mittelstande durch erhebliche Erhöhung des Schulgeldes seine jetzt schon schwierige Lage noch zu verschlechtern. Bezüglich der höheren Schulen müsse als zweifellos angesehen werden, daß jede Herabsetzung des Schulgeldes den schon vorhandenen starken Zudrang zu ihnen noch vermehren würde und daß dadurch ein Anwachsen der Staatszuschüsse stattfinden müßte. Da die hier vorhandenen höheren Schulen zumeist nicht imstande seien, noch eine beträchtliche Zahl von Schülern aufzunehmen, so würde die Herabsetzung des Schulgeldes in naher Zukunft mit Notwendigkeit zur Errichtung weiterer derartiger Anstalten führen. Die Oberschulbehörde wie auch der Senat beantworten daher das Ersuchen des Bürgerausschusses dahin, daß eine Ausdehnung der Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen auf die höheren und mittleren Schulen nicht als durchführbar erachtet werden könne. Eine Anregung des Finanzdepartements hat dem Senat weiter Veranlassung gegeben, die Oberschulbehörde mit der Prüfung der Frage einer Erhöhung des Schulgeldes der höheren Schulen zu beauftragen. In dieser Hinsicht weist die Oberschulbehörde darauf hin, daß das Lübecker Schulgeld der höheren Knabenschulen sich ziemlich weit über den Durchschnitt Norddeutschlands erhebt. Bei einer weiteren Erhöhung sei mit Sicherheit anzunehmen, daß der Fremdenzuzug dadurch ungünstig beeinflußt würde. Denn für Familien mit mittlerem Einkommen, namentlich für Rentner und Pensionäre, die auf gute Schulverhältnisse besonderen Wert legen, spiele mitunter die Höhe des Schulgeldes bei der Auswahl des Wohnsitzes eine fast ebenso wichtige Rolle wie die Höhe der Steuern. Auf Grund dieses Berichts hat der Senat von Anträgen wegen Erhöhung des Schulgeldes Abstand genommen. — Als es sich darum handelte, die Schulgeldfreiheit der Lübecker Volksschulen zu beseitigen und dort das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern zu staffeln, hörte man nichts von den Bedenken, die jetzt gegen die Staffelung bei den höheren Schulen angeführt werden. Man darf dabei allerdings nicht außer acht lassen, daß diejenigen, die s. Zt. die Staffelung des Schulgeldes in den Volksschulen beschlossen, dieselben Leute sind, die ihre Kinder in die höheren Schulen schicken, für die sie eine solche Staffelung ablehnen.

Das Betreten der Holzlagerplätze am linken Travenufer von der Karlstraße abwärts regelt jetzt folgende Polizeiverordnung: Unter Aufhebung seiner Verordnung vom 8. Dezember 1913, betr. das Betreten der Holzlagerplätze am linken Travenufer von der Karlstraße abwärts, verordnet das Polizeiamt hierdurch was folgt: Das Betreten der Holzlagerplätze von der Karlstraße bis zum Ende der Vorwerker Wiesen außerhalb der Arbeitszeit ist verboten. Der Verkehr der Besatzungen der an diesen Holzlagerplätzen liegenden Schiffe und der auf den Schiffen beschäftigten Personen auf den Holzlagerplätzen ist außerhalb der Arbeitszeit nur unter Führung von Polizeibeamten und nur durch die vom Polizeiamt bestimmten Tore gestattet. Diese Tore werden vom Polizeiamt durch Anschlag auf den Holzlagerplätzen bekannt gegeben. Für den regelmäßigen Verkehr der vorgenannten Personen über die Holzlagerplätze von und nach der Stadt sind folgende Zeiten vorgesehen: 6, 7, 8, 9 und 10 Uhr abends, 12, 2 und 5 Uhr nachts und erforderlichenfalls 6 und 7 Uhr morgens. An Sonn- und Festtagen findet dieser Verkehr zur Tageszeit alle 2 Stunden statt. Das Nähere wird durch Anschlag auf den Holzlagerplätzen bekannt gegeben. Zu den angegebenen Zeiten versammeln sich die an Bord gehenden Leute vor dem betreffenden Tore, die von Bord gehenden auf ihren Schiffen; sie werden alsdann von Polizeibeamten nach den Schiffen oder auf die öffentliche Straße geleitet. Die Vorarbeiter sind für das Zusammenbleiben ihrer Leute mit verantwortlich. Beim Verlassen des Platzes wir den Schiffsleuten eine Kontrollmarke eingehändigt, die sie bei Rückkehr den Polizeibeamten zurückzuliefern haben. Ohne diese Marke wird ihnen das Betreten der Holzlagerplätze nur gestattet, wenn sie sich über ihre Person einwandfrei ausweisen können. Sollen auf den Schiffen beschäftigte Arbeiter infolge längerer Arbeitszeit außerhalb der vorgenannten Zeiten über die Holzlagerplätze geführt werden, so hat die Schiffsleitung dies vor 6 Uhr abends der Polizeiwache an der Ein-

[illegible] (Telephon 5277) unter Angabe von Zeit und Liegeplatz des Schiffes mitzuteilen. Außerhalb der genannten Zeiten ist der Wasserweg zu benutzen. Den Anordnungen der Polizei- und Hafenbeamten ist unbedingt Folge zu leisten. Uebertretungen dieser Verordnung werden auf Grund des § 366.10 Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 15 Tagen bestraft. Diese Verordnung tritt am 15. April dss. Js. in Kraft.

Gautag der Schuhmacher. In Hamburg tagte an den beiden Ostertagen im Gewerkschaftshause der Gautag des Verbandes der Schuhmacher. Erschienen waren 34 Delegierte und vier Vertreter der Bezirksverwaltung. Aus dem Bericht des Gauleiters Kummerow geht hervor, daß die Krise auch dem Verband der Schuhmacher viel zu schaffen machte. Besonders die Schoßarbeiter litten stark unter der Arbeitslosigkeit. In den Schuhfabriken der kleinen Orte ist schwer Fuß zu fassen. Die Mitgliederzahl sank in den beiden Berichtsjahren von 2637 auf 2352. Von dem Verlust sind allerdings 39 Mitglieder abzuziehen, die dem Gau Berlin zugeteilt sind. Es wurden 26 Lohnbewegungen mit 1353 Beteiligten in 821 Betrieben geführt. In neun Fällen mußte zum Streik gegriffen werden. Erreicht wurden insgesamt 1387,80 Mk. Lohnerhöhung pro Woche. Besonders schwer war der Kampf in Preetz in Holstein, wo 21 Wochen gestreikt werden mußte, bis der Streik mit teilweisem Erfolg und unter Anerkennung der Organisation beendet werden konnte. Die Berufsstatistik führt 22 Schuh- und Pantoffelfabriken auf mit 1423 Beschäftigten, darunter 123 Heimarbeiter. Organisiert sind davon 444 im Zentralverband der Schuhmacher und 29 in anderen Organisationen. Unter 8269 Handwerksbetrieben waren allein 6089 Kleinmeister ohne Gehilfen. Von 2180 Handwerksbetrieben arbeiten 133 nur mit Lehrlingen und 1539 mit einem Gesellen. Im ganzen wurden 508 Lehrlinge gezählt. Die Zahl der Schnellbesohlanstalten ist auf 468 gestiegen. Von insgesamt 3202 in Handwerksbetrieben beschäftigten Gehilfen und Heimarbeitern sind 1579 im Schuhmacherverband und 87 in anderen Verbänden organisiert. Darunter sind allerdings Berufsangehörige, die dem Alter und sonstigen besonderen Umständen nach als organisationsunfähig bezeichnet werden müssen. Die Bezirkskasse schließt ab mit einer Einnahme von 2673,76 Mk. und einer Ausgabe von 2642,99 Mk. In der Besprechung des Geschäftsberichts wurde noch unterstrichen, daß besonders die Gehilfen in den Handwerksbetrieben unter der Krise schwer zu leiden hatten. Das Elend des Kleinmeistertums steht der Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wege. Selbst in kleinen Fabriken sind die Löhne deshalb niedrig, weil die Betriebe nicht mit den neuesten Maschinen ausgerüstet sind, die die Fabriken allein konkurrenzfähig machen. Auch die Gefängnisarbeit übt einen starken Druck auf die Verhältnisse aus. Eine interessante Debatte wurde eingeleitet durch ein Referat von Lange-Bremen über die technische Entwicklung im Schoßgewerbe. Mehr und mehr gehen auch die Kleinmeister dazu über, sich Hilfsmaschinen anzuschaffen. Die Maschinenfabriken stellen aus diesem Grunde extra billige Hilfsmaschinen her. Die Einführung der Hilfsmaschine ist eine Folge der scharfen Konkurrenz der Besohlanstalten. In den Besohlanstalten macht sich ein korrumpierendes Werkmeistersystem breit, auf dessen Bekämpfung besonderes Gewicht gelegt werden soll. Die Arbeitgeber erreichen durch Verleihung solcher Pöstchen eine Steigerung der Arbeitsleistung ins Ungemessene. Eingehend wurde dann besprochen, ob der Akkordlohn oder Zeitlohn den Vorzug verdiene. Dabei stellte sich heraus, daß mit grundverschiedenen Verhältnissen zu rechnen ist und die Arbeitgeber in ihrem Interesse teils auf den Zeitlohn und teils auf den Akkordlohn hindrängen. An den Verbandstag wurden einige Anträge zum Statut gerichtet. Beschlossen wurde, den Gautag in Zukunft immer in Hamburg abzuhalten.

b. **Schwurgericht** am 14. April. Ein verdächtiger Handwerksbursche, der 45jährige Arbeiter Edi Schipper aus Logna bei Emden, hatte sich heute wegen Brandstiftung zu verantworten. Der Angeklagte hatte schon voriges Jahr bei dem Gemeindevorsteher Ehlers in Krumbek einige Tage gearbeitet, kam am 25. Februar d. J. von Oberwohlde her zugewandert und frug wieder um Beschäftigung nach. Als ihm diese nicht zugesagt werden konnte, bat Sch. die Köchin um ein Mittagessen. Nachdem er eine Schüssel Buttermilch ausgelöffelt und sich gebührend bedankt hatte, focht er zwei draußen stehende Knechte an. Den einen frug Sch., ob er einen losen Groschen für ihn in der Tasche habe, von dem anderen heischte er Kautabak. Der letzte Wunsch wurde nur erfüllt. Beim in unmittelbarer Nähe wohnenden Holländer Spetmann wollte der Angeklagte dieselben Bitten vorbringen wie bei dem Hufner Ehlers, wurde aber mit dem üblichen Klosterpfennig abgespeist, ehe er zur Aeußerung seines Wunsches kam. Während Sch. sein Almosen empfing, schaute er zurück und gewahrte, daß zum Dach der Scheune des Hufners Ehlers die Flamemn schlugen. Statt nun hinzugehen und beim Brande zu helfen, wanderte Sch. aus dem Dorfe und zwar, wie er angibt aus dem Grunde, weil fremde Hilfe auf dem Dorfe nicht gern gesehen werde. Man glaube stets, solche Hilfe komme nur, um eine Gelegenheit zum Stehlen auszubaldowern. Die mit Stroh und Ret bedeckte Scheune brannte mittags 12 Uhr total nieder; sie war voll mit Stroh angefüllt. Das Vieh aus dem Kuhstall konnte gerettet werden, doch kamen die in einem andern Stall befindlichen 5 Starken und ein Stier in den Flammen um. Ferner verbrannte ein Bienenschauer, ein Wagen und einige ältere landwirtschaftliche Maschinen. Der Gesamtschaden beträgt etwa 12 000 Mark. In der Scheune war 10 Minuten vorher nur der Kutscher Siebuhr mit einem 3jährigen Knaben gewesen. Da dieser Knecht bestreitet, irgendwelche feuergefährliche Hantierungen vorgenommen zu haben, blieb als einziger Verdächtiger nur der Fremde übrig, der eben die Diele verlassen hatte. Sch., der an dem Tage betrunken gewesen ist, erklärt jedoch, daß er weder Feuerzeug bei sich geführt noch die Scheune betreten wurde. Der Brand sei ihm bald nachher aus dem Gedächtnis entschwunden, erst die Verhaftung am 2. März in Segeberg habe ihn wieder daran erinnert. Verdachtsmomente, die den verschiedene Male wegen Bettelns auch mit Ueberweisung Vorbestraften überführen sollen, werden ihm vier vorgehalten: 1. das sofortige Verlassen des Ortes, 2. das auffällige Umsichblicken beim Almosenempfang, 3. der sonderbare Ausspruch zu dem Dienstmädchen, als er das Feuer gewahrte: „Ich habe es nicht getan, führe kein Streichholz bei mir und war nicht in der Scheune", 4. daß er beim Brande nicht mithalf. Zu der Verhandlung sind 13 Zeugen geladen, die aber Besonderes, den Angeklagten Belastendes nicht aussagen können, außer daß sie ihn zur fraglichen Zeit in Krumbek sahen. Der Erste Staatsanwalt Dr. Benda hielt den Angeklagten für schuldig und betonte, daß neun Zehntel aller entdeckten Brandstiftungen erwiesenermaßen von Tätern ausgeübt würden, die greifbare Motive für ihr Verbrechen nicht aufweisen könnten, und nur aus purer Lust handelten. Es gewähre ihnen eigenen Reiz, fremder Leute Eigentum in Brand zu stecken, sich am hellen Feuerschein und an dem Genuß zu laben, Schaden angerichtet zu haben. Meistens könnten sie Rechenschaft über ihr verbrecherisches Tun sich selbst nicht ablegen. Irgend ein anderer Täter komme nicht in Frage. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf der Angeklagte kostenlos freigesprochen wurde.

Handelsregister. Am 9. April 1914 ist eingetragen bei der Firma Martin Meyer, in Lübeck: Die Kaufleute H. Meyer und E. Bragenheim, beide in Lübeck, sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1914 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft sind nur 2 Gesellschafter gemeinschaftlich ermächtigt. Am 11. April 1914 ist eingetragen bei der Aktiengesellschaft in Firma: Lübecker Schwefelsäure- und Superphosphat-Fabrik, Aktiengesellschaft in Lübeck: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. März 1914 ist § 16 des Gesellschaftsvertrages abgeändert.

pb. **Als Leiche gefunden.** Ein seit dem 24. vor. Mts. vermißter hiesiger Arbeiter wurde am 12. ds. Mts. in der Stecknitz bei Genin als Leiche gefunden. Es dürfte ein Unglücksfall vorliegen.

pb. **Eigentumsvergehen.** Am 5. d. M., in der Zeit von 1—4 Uhr nachmittags, ist ein im Klughafen in der Nähe der Burgtorbrücke befestigt gewesenes Ruderboot, sogenannte Jolle, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Boot ist außen schwarz und grün, und innen grün gestrichen, und etwa 4 m lang. Es ist vorn und hinten mit einer 3 m langen Kette versehen. — Am Sonnabend, den 11. d. M., hat eine Frau aus Schwartau in einem Wagen des Straßenbahnzuges, der um 1¼ Uhr nachmittags aus Schwartau fährt, eine schwarze Handtasche mit zwei braunen Portemonnaies liegen lassen. In dem einen Portemonnaie befanden sich ein 20-Mark-Stück und 60 Pfg. in Nickelgeld; das andere Portemonnaie war leer.

pb. **Steckbriefling.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau wegen Hausfriedensbruchs steckbrieflich verfolgt wird.

Eutin. Die amtliche Ermittelung des Wahlergebnisses der am 6. d. M. stattgefundenen Landtags-Nachwahl hat folgendes ergeben: Es sind abgegeben im ganzen 4787 Stimmen, davon ungültige 31 Stimmen, demnach gültig 4756 Stimmen. Es haben erhalten: 1. Hauptmann a. D. von Levetzow, Sielbeck, 2488 Stimmen; 2. Zimmerer Karl Fick in Stockelsdorf 2264 Stimmen; 3. Privatmann Leo Weiß, Eutin, 2 Stimmen; 4. Kaufmann Hermann Schlottmann, Malente, 1 Stimme; 5. Jochen Bartels, Malente, 1 Stimme. Der Hauptmann a. D. von Levetzow, Sielbeck, ist somit gewählt.

Hamburg. Beim Rollschuhlaufen überfahren und tödlich verletzt wurde der 12jährige Sohn George des am Tieasweg 15 wohnenden Schiffsoffiziers Winkelmann. Der Knabe lief am Alsterdamm auf Rollschuhen den Fahrdamm entlang und direkt vor die Räder eines Kraftfahrzeuges. Der Knabe wurde zu Boden gestoßen, überfahren und schwer verletzt. Er starb gleich nach der Einlieferung im St. Georger Krankenhaus. — Beim Essen erstickt. In einer Wirtschaft in der Altstädterstraße bestellte ein hier zugereister Matrose namens Schultheiß aus Stuttgart am ersten Osterfeiertage Mittagessen und verzehrte es etwas hastig. Plötzlich ließ er Messer und Gabel fallen und fiel von seinem Stuhle. Man holte schleunigst einen Arzt herbei, der aber nur noch den Tod des jungen Seemannes feststellen konnte. Er war an einem Bissen, der ihm in die Luftröhre geraten war, erstickt. — Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Platze der Export- und Lagerhaus-Gesellschaft auf dem Norderfand (Steinwärder). Durch Umkippen einer Lowry erlitt der Arbeiter Marganus sehr schwere Verletzungen und mußte ins Hafenkrankenhaus geschafft werden, wo er bald nach der Einlieferung starb. — Ein schweres Bootsunglück, das zwei junge Menschenleben vernichtete, ereignete sich am Freitag nachmittag unweit der Eisenbahnbrücke auf der Bille. In einem Ruderboot fuhren vier Personen, zwei Herren und zwei Mädchen, als das Boot, während das eine Mädchen den Platz wechseln wollte, kenterte. Alle vier Bootsinsassen stürzten ins Wasser. Herbeieilenden Ruderern gelang es, das am Billhorner Deich 27 wohnende Geschwisterpaar Marie und Willi Maak zu retten, während die Halbschwester Erna Soth und der Decksmann Claus Lohmann ertranken. Trotz eifrigen Absuchens der Unfallstelle gelang es bisher nicht, die Leichen zu bergen.

[] **Schwerin.** Das mecklenburgische Verfassungselend. Ein Vertreter des „Berliner Tageblatts" hatte mit dem mecklenburgischen Staatsminister Dr. Bossart eine Unterredung über die Verfassungsfrage in Mecklenburg. Der Minister behauptete, daß seine Ausführungen sich völlig mit den Ansichten des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz decken. Von den Zuständen, die in Mecklenburg unter der Verfassungslosigkeit sich entwickelt haben, gibt der Minister in der Unterredung folgendes Bild:

„Sämtliche Regierungsvorlagen sind bisher an dem Widerspruch der Stände gescheitert. Der eine Teil will dieses und der andere jenes nicht. Die Stände wollen überhaupt nichts! Aber auch das Volk selbst, namentlich die kleineren Bauern und Handwerker sträuben sich seltsamerweise gegen die Einführung der Verfassung. Die Gründe dafür sind für den Eingeweihten ohne weiteres klar. Erstens wird den kleinen Landwirten und Handwerkern von gewisser Seite immer und immer wieder eingeredet: Wenn die Verfassung erst da ist, müßt ihr viele, viele Steuern zahlen, viel mehr als jetzt. Der Großherzog und seine Regierung betrachten es aber als Lebensaufgabe, dem Volke das zu geben, dessen sich andere Volksstämme lange erfreuen."

Nach Ansicht des Ministers gibt es nur drei Möglichkeiten, um eine moderne Verfassung durchzudrücken: „Entweder die Großherzöge müssen sich mit den Ständen einigen oder sie müssen dem Volke eine Verfassung oktroyieren, oder aber Reichstag und Bundesrat müssen uns helfen." Der Minister vertrat dann die Auffassung, daß in die Reichsverfassung ein neuer Paragraph eingeschaltet werden müßte. Wünschenswert wäre es, führte er weiter aus, wenn sich, um einen solchen Antrag durchzubringen, die Sozialdemokraten etwas mäßigen würden. Vom übrigen Reichstag wisse die Regierung ganz genau, daß gewisse Kreise, die mecklenburgischen Verhältnisse als die idealsten in ganz Deutschland ansehen. Die Ursache für den Widerstand des Bundesrats, von Reichs wegen in die mecklenburgischen Verhältnisse einzugreifen, erblickt Minister Dr. Bossart darin, daß man befürchtet, das Reich würde auch dann einen Druck auf Preußen ausüben, endlich einmal eine gründliche Verfassungsreform durchzuführen. Am liebsten wäre es der mecklenburgischen Regierung, wenn es gelänge, ohne Reichstag und Bundesrat die Verfassung zu schaffen; denn selbst für den Fernstehenden werde es ohne weiteres zu verstehen sein, daß wir uns unsern Rock am liebsten allein machen, dann wird er auch passen.

Kuxhaven. Ein Abenteuer in isländischen Gewässern. Wie aus Kuxhaven gemeldet wird, hatte der Kuxhavener Fischdampfer „Bürgermeister Mönckeberg" auf einer Fangfahrt nach Island ein recht unangenehmes Abenteuer zu bestehen. Als der Dampfer am 22. März mit englischen und französischen Dampfern in der Nähe von Portland unter Island fischte, kamen, wie von einer der Kuxhavener Hochseefischerei nahestehenden Seite berichtet wird, zwei isländische Motorboote mit 25 Mann, die mit geladenen Gewehren und Revolvern bewaffnet waren, langseits. Die Isländer gingen an Bord, schlossen den Kapitän in dem Ruderhaus ein und drohten, die Mannschaft erschießen zu wollen, falls sie versuchen sollte, auf die Kommandobrücke zu gehen. Als der Kapitän von den Isländern eine Legitimation verlangte, wurde er niedergeworfen; man versuchte darauf, ihn mit der Lotleine zu fesseln. Dem ersten Maschinisten gelang es, dem Kapitän zu Hilfe zu kommen; er wurde ebenfalls mit der Waffe bedroht. Ein Motorboot holte weitere 12 Mann mit dem Ortsvorsteher an Bord, die das Schiff in den Hafen der Vestmannsinseln brachten. Der Kapitän wurde zu einer Geldstrafe von 1235 Kronen verurteilt und die an Bord befindlichen Geräte und 450 Zentner Fische beschlagnahmt, die dann aber für 2150 Kronen an den Kapitän wieder zurückverkauft wurden. Wie der Reeder des Dampfers mitteilt, ist von den Isländern, die keine Legitimation besaßen, der Schiffsort nicht festgestellt worden. Die Verurteilung des Kapitäns geschah auf die bloßen Angaben der Isländer hin, die aus Fischern und Bauern bestanden. — Soweit der von interessierter Seite gegebene Bericht. Allem Anschein nach hat der Dampfer auf verbotenem Gebiet gefischt und ist deshalb beschlagnahmt worden. Die Untersuchung der Angelegenheit wird ergeben, ob die phantasievolle Darstellung des Abenteuers nicht an Uebertreibungen leidet.

Bremen. Soldatenmißhandlungen ohne Ende. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Bremen hatten sich ein Sergeant und ein Gefreiter der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments „Bremen" zu verantworten. Anfang Februar meldete der Gefreite dem Sergeanten, ein Musketier habe sich seit drei Tagen nicht mehr gewaschen und habe seine Sachen nicht in Ordnung. Der Soldat war mit Erlaubnis des Kompagniechefs ausgegangen, soll aber nach Meinung des Gefreiten zu lange fortgeblieben sein. Der Sergeant räumte nun das Spind des Soldaten aus, das dieser dann scheuern und wieder einräumen sollte und befahl dann, daß der Soldat geschrubbt werden sollte. Der humane Vorgesetzte kommandierte zwei Kameraden des Soldaten dazu, an diesem die Prozedur vorzunehmen. Der genannte Soldat mußte sich entkleiden, in eine in der Nähe des Ofens aufgestellte Fußbadewanne stellen und, nachdem grüne Seife herbeigeschafft worden war, begannen die beiden Musketiere mit dem Schrubben; sie taten das widerwillig und „markierten" ihre Arbeit deshalb nur. Der hinzukommende Gefreite aber nahm die härteste Schuhbürste und — wie er vor dem Kriegsgericht angab — „tat auch ein paar Striche", die den Gepeinigten aber so schmerzten, daß er aus der Wanne sprang. Diese Mißhandlungen gelangten dadurch zur Kenntnis der Militärbehörde, daß der gepeinigte Soldat einen Selbstmordversuch beging; er wurde nämlich eines Morgens mit einer Schußwunde an der rechten Kopfseite aufgefunden, von der er inzwischen geheilt ist. Vor Gericht sagte der Soldat weiter aus, nur wegen der Waschprozedur, durch die sein Ehrgefühl gekränkt worden sei, habe er sich das Leben nehmen wollen. Der Sergeant sowohl wie der Gefreite wurden verurteilt. Sie erhielten aber nur je — zwölf Tage Mittelarrest. So milde Strafe tragen sicher nicht dazu bei, von Soldatenmißhandlungen abzuschrecken.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Wilhelm Tell", Schillers tyrannenmordendes Freiheitsdrama, gelangte am Sonnabend vor einem größtenteils aus Jugendlichen bestehendem Publikum zur Aufführung. Die ältere Bourgeoisie Lübecks hört eben nicht gern etwas von Freiheit und von den ewigen Rechten der Menschheit, vom Haß der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, sondern sie schickt, wie es zum guten Ton gehört, ihren unmündigen Nachwuchs ins Theater, der von solchen Dingen noch keinerlei Ahnung hat und davon auch nicht im mindesten berührt wird. Was sind die großen Dichter dem Spießertum?! Daß die Wiedergabe des „Tell" am Sonnabend gerade erhebend war, kann nicht gesagt werden. Ein großer Teil der Mitwirkenden bemühte sich mit Erfolg, so undeutlich zu sprechen, daß kaum ein Wort von ihnen zu verstehen war. Einige Rollen, wie der Rudenz, waren recht unzulänglich besetzt. Mit hinreißendem Temperament gab Herr Lerch den Arnold. Der Stauffacher des Herrn Brunow war gleichfalls eine tüchtige Leistung. An Beifall fehlte es trotz aller Mängel der Vorstellung nicht.

„Tristan und Isolde" von Richard Wagner gelangte am ersten Ostertag-Abend mit Herrn Schöffel und Frau Offenberg in den Titelpartien zur Wiedergabe. Als Isolde kam das prachtvolle stimmliche Material der Künstlerin ausgezeichnet zur Geltung, während der „wilden minnigen Maid" in der Darstellung noch mehr majestätische Größe zu wünschen gewesen wäre. Nichtsdestoweniger war es eine schöne, verheißungsvolle Leistung, die hohe Anerkennung verdient. Herrn Schöffels Wesensart liegt der Tristan noch einigermaßen fern. Es fehlte ihm die Seele, das intensive innere Miterleben, ohne welches dieser „Held ohne gleichen" nur ein schwacher Schatten bleibt. Gewiß hatte Herr Schöffel, besonders im großen Duett des zweiten Aufzuges, glänzende und auch innige Töne zur Verfügung, aber dennoch wirkte er nicht überzeugend; am wenigsten in den endlosen Fieberdelirien des letzten Aktes. Die Darbietungen von Frl. Meisner (Brangäne) sowie der Herren de Garmo (Kurwenal) und Schubert (König Mark) verdienen hohes Lob. Das Orchester unter Kapellmeister Pfeiffers Leitung gab wieder sein Bestes her.

„Gri-gri", Operette in 3 Akten von Paul Lincke. Es kann nicht gesagt werden, daß diese Operette, die in Berlin das Entzücken zahlreicher Nichtstuer war und dort eine endlose Reihe von Aufführungen erlebte, irgendwelche erheblichen Werte in sich schließt. Sie ist aber auch nicht schlechter, als andere. Ein fader Text, dem der echte Humor ziemlich fremd ist, eine unwahrscheinliche, um nicht zu sagen blöde Handlung und eine „süße" der einschmeichelnden, trivialen Melodien nicht entbehrenden Musik sind vereinigt zu einem Ganzen, das dem heutigen Geschmack — leider — entspricht. Man denke sich doch, welcher Aufwand von Geist und Witz in der Idee enthalten ist, daß Grigri, die Tochter eines „Negerkönigs" von der 169. Frau nicht schwarz, sondern weiß ist, weil — nun weil eben für die 169. Frau die Farbe nicht mehr langt! In den Hauptrollen waren die Damen Vogel-Mack, Seemen und Martini sowie die Herren Kowalewski, Pauly, Schweisguth und Hilbert mit drastischer Komik, Humor, Lust und Laune erfolgreich tätig. Auffallend war, daß im ersten Aufzug der sudanesische Konsul in dem Haus der japanischen „Butterfly" in Afrika haust, daß die französische Trikolore anstatt vertikal horizontal gestreift und die Hautfarbe der Eingeborenen an dem gleichen Ort so gänzlich verschieden von einander schien. In der Operette muß das wohl so sein. Dank der tatkräftigen Mitwirkung der im Parkett anwesenden dienstfreien — oder war das ihr Dienst? — Künstler erzielte „Gigri" so etwas wie einen Erfolg.

P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Am Freitag, dem 17. April 1914

eröffnen wir

Fischergrube 52, Ecke Schwöneckenquerstraße,

unsere

26. Warenabgabestelle.

Durch die Eröffnung dieser Abgabestelle wird einem langgehegten Wunsch unserer, in dieser Gegend wohnenden Mitglieder Rechnung getragen und wir bitten unsere Mitglieder, in Bekannten- und Freundeskreisen auf diese Neueröffnung hinzuweisen und für den Beitritt zu unserer Genossenschaft zu agitieren.

Unsere Waren werden allseitig als gut und preiswürdig bezeichnet. 3131

Im nachfolgenden einen kurzen Auszug zur Beurteilung der Preise:

Streuzucker	ℳ 20 ₰	Backpulver GEG Pak.	5 u. 7 ₰	Gerstengrütze, fein, mittel, grob	ℳ 16 ₰
Würfelzucker	ℳ 22 ₰	Puddingpulver GEG Pak.	8 ₰	Hafergrütze	ℳ 22 ₰
Weizenmehl	ℳ 16 u. 19 ₰	Rote Grütze „ „	6 ₰	Haferflocken	ℳ 22 ₰
Reismehl	ℳ 18 ₰	Vanillezucker „ „	5 ₰	Nudeln, verschieden	ℳ 30 ₰
Kartoffelmehl	ℳ 18 ₰	Vanillesaucenpulver „	5 ₰	Fadennudeln	ℳ 32 ₰
Reis	ℳ 14 18 26 ₰	Marmelade, Frischobst	ℳ 30 ₰	MakkaroniGEG ½-ℳ-Pak.	22 ₰
Kindergrieß	ℳ 24 ₰	„ Pflaumen	ℳ 40 ₰	Erbsen, grüne	ℳ 18 ₰
Hartgrieß	ℳ 24 ₰	Preiselbeeren	ℳ 40 ₰	„ „ gesch.	ℳ 20 ₰
Sago	ℳ 30 ₰	Rosinen	ℳ 50 u. 60 ₰	„ gelbe „	ℳ 24 ₰
Buchweizengrütze, mittel u. grob	ℳ 22 ₰	Korinthen	ℳ 40 ₰	Rundbohnen	ℳ 20 ₰
Graupen	ℳ 18 20 ₰	Pflaumen	ℳ 30 u. 40 ₰	Langbohnen	ℳ 22 ₰
		Ringäpfel	ℳ 58 ₰		

Speck, fetter ℳ 80 ₰ — Speck, mager ℳ 90 ₰
Petroleum per Liter 20 ₰ — Streichhölzer per Paket 28 ₰

Konserven halten wir in verschiedenen Sorten vorrätig, ausser **Erbsen und Bohnen** empfehlen wir: **Erbsen** mit geschnittenen Karotten, **Leipziger Allerlei, Karotten, Sauerkirschen, Pflaumen, Birnen,** rot und weiss, **Stachelbeeren, Heidelbeeren** (Bickbeeren), alles in Ein- und Zwei-Pfund-Dosen. **Rote Beete,** lose Pfund 20 Pfg., **Senfgurken,** lose Pfund 30 Pfg.

Die von uns geführten **Seifen u. Seifenpulver, Zigarren u. Streichhölzer** beziehen wir ausschliesslich von den

eigenen Fabriken

der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Ausführliche Preislisten sind in unseren Abgabestellen zu bekommen.
Die Abgabe der Waren erfolgt nur an Mitglieder.

Mitglied wird, wer eine Beitrittserklärung unterschreibt und 50 Pfennig Eintrittsgeld entrichtet. **Beitrittserklärungen** werden in allen Warenabgabestellen unseres Vereins entgegengenommen.

Jede verständige Mutter gibt ihren Kindern Kathreiners Malzkaffee. Kathreiners Malzkaffee erhält die Kinder frisch und kräftig und macht den Kleinen die Milch schmackhaft. Tausende von Ärzten empfehlen ihn.

3104

Moisling.

Sozialdemokratische Frauen.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 15. April
abends 8½ Uhr
im Lokale des Hrn. Siemers
(Kaffeehaus Moisling.)

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal
2. Jahresbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Fragekasten.
5. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet
3111) **Der Vorstand.**

Kaninchen-Zucht-Verein für Lübeck und Umgegend.

Tombola.

Folgende Nummern sind mit Gewinnen gezogen:
15 23 45 51 62 69 87 119
123 149 168 173 253 270 355 361
371 398 441 444. (3117

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, d. 15. April 1914
abends 8 Uhr (3108

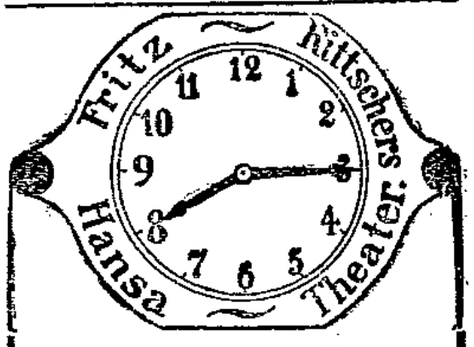
im Kolosseum:

28. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist: Herr Konzertmeister **Willy Freund** (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Der Freischütz" C. M. von Weber.
Ungarische Tänze Nr. 5 und 6 Joh. Brahms.
Potpourri aus „Zigeunerbaron" Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Touristen Verein „Die Naturfreunde"

Versammlung am Mittwoch, d. 15. April 1914
8½ Uhr abds (3113
im „Gewerkschaftshaus"



Nur noch 2 Tage

Hartensteins Gastspiel

Der Stolz der 3. Kompagnie.

Alles muß lachen.
Vorher der erstklassige Varieteteil mit seinen erstklassigen künstlerischen Darbietungen.
Anfang 8¼ Uhr.
Billett-Vorverkauf: Rechte Seite bei Friedr. Sager, Am Kohlmarkt, linke Seite bei Friedrich Nagel, Am Markt. (3119

Neues Stadttheater

Dienstag, den 14. April 1914:
178. V. i. Voll-Ab. 30. V. i. Dienstag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Jugend.

Ein Liebesdrama von Max Halbe.
Mittelpreise.

Mittwoch, den 15. April 1914:
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8¼ Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf Wunsch:

Die Kino-Königin.

Operette von Jean Gilbert.

Donnerstag, den 16. April 1914:
Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Grigri.

Operette in 3 Akten von P. Linke.
Mittelpreise. (3118

Achtung!

Schauerleute

Versammlung

am Mittwoch, dem 15. April
abends 8½ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Maifeier.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

3106) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist ein dringendes Erfordernis. D. O.

Sektions-Versammlung

der

Hausdiener, Fensterputzer, Austräger und Austrägerinnen

am Mittwoch, dem 15. April
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist erforderlich.

3115) **Der Vorstand.**

Verband der Hausangestellten

Ortsgruppe Lübeck.

Frühlingsfest

3114) verbunden mit

Ball, Blumenpolonäse und sonstigen Belustigungen

am Sonntag, dem 19. April 1914

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Ballanfang 6 Uhr abends. Ende 2 Uhr morgens.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pfg.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Lichtbilder-Vortrag:

Vom Neckar bis zum Bodensee

Referent: Obmann **Ferd. Steiner** (Gau Schwaben)

am Dienstag, dem 21. April, abends 8½ Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

3112) Eintritt a Person 20 Pfg.

Die freie Jugend hat freien Eintritt.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 86. Dienstag, den 14. April 1914. 21. Jahrg.

Kritische Betrachtungen über den Geburtenrückgang.

Die Tatsache, daß der Geburtenüberschuß im Verhältnis zur Sterblichkeitsziffer von Jahr zu Jahr zurückgeht, ist statistisch festgestellt. Die Gelehrten sind sich also darüber, wie man so sagt, einig. Nicht einig sind sie sich aber darüber, womit diese Erscheinung im Zusammenhang zu bringen ist.

In Nr. 82 des „Lübecker Volksboten" war folgende Notiz enthalten: Auf Grund einer Verfügung des Senates an das Stadt- und Landamt wird für die Folge die bisher allwöchentlich erfolgte amtliche Veröffentlichung der Eintragungen in die Standesregister unterbleiben. — Ist diese amtliche Verfügung etwa auch eine Folge des Geburtenrückganges?

Wollen wir uns nun mit den Zusammenhängen des Geburtenrückganges näher befassen, so ist es notwendig, auch einiges über die Bevölkerungslehre in den Kreis unserer Betrachtungen zu ziehen.

Es ist als ein naturwissenschaftliches Gesetz anzusehen, daß sich jedes organische Wesen — getragen vom „Willen zum Leben", wie es Schopenhauer ausdrückt — in einem solchen Umfange vermehrt, daß, wenn keine Zerstörung stattfände, wenn nicht vernichtende oder hemmende Ereignisse diesem blinden Drange zum Dasein entgegenträten, die Erde bald von der lebenshungrigen Nachkommenschaft eines einzigen Paares bedeckt sein würde. Es ist indes dafür gesorgt, daß „die Bäume nicht in den Himmel wachsen". Für alle organischen Wesen bildet die Grenze der notwendigen Unterhaltsmittel zugleich die Grenze ihrer Vermehrung.

Aus diesem letzten Satz geht klar und deutlich hervor, daß überall dort, wo es an den notwendigen Unterhaltsmitteln fehlt, die Geburtenzahl naturnotwendig zurückgehen muß. So pflegt nach einer guten Ernte die Zahl der Trauungen und Geburten zu wachsen, nach einer schlechten abzunehmen; dasselbe gilt vielleicht in noch höherem Grade von günstigen Konjunkturen im Handel und Gewerbe. So macht der bekannte Statistiker Hildebrand darauf aufmerksam, daß während des Gründungsschwindels 1870—1872 die Zahl der Trauungen im zisleithanischen Oesterreich sich auf je 100 000 Einwohner von 779 auf 928 steigerte. Während der der Schwindelperiode folgenden fünf Jahre der volkswirtschaftlichen Ermattung (1872 bis 1877) sank die Zahl der Eheschließungen in Deutschland um annähernd 100 000!

Legen wir uns nun die Frage vor, ob in der gegenwärtigen Zeit überall die notwendigen Unterhaltsmittel vorhanden sind, so ist diese Frage entschieden zu verneinen. Speziell die Arbeiter wissen hiervon ein Lied zu singen. Nach dem Ausspruch eines berühmten Zeitgenossen soll ja allerdings für den Arbeiter gesorgt sein bis an sein Lebensende. Auch die Kompottschüssel der sozialen Fürsorge soll bereits zum Ueberlaufen voll sein. Die Tatsachen reden aber eine andere Sprache.

Will man den Geburtenrückgang mit tauglichen Mitteln bekämpfen, so ist in erster Linie erforderlich, daß die notwendigen Lebensmittel durch Zölle und Steuern nicht verteuert werden. Außerdem muß auf dem Gebiete des Wohnungswesens, des Mutterschutzes und der Säuglingsfürsorge bedeutend mehr wie bisher geleistet werden.

Die Agrarier dagegen fordern den lückenlosen Zolltarif und erweisen sich damit als Förderer des Geburtenrückganges. Trotzdem behaupten sie aber, daß ihnen das Wohl des Volkes am Herzen liegt. Diese Behauptung ist aber weiter nichts als Spiegelfechterei. Auch die Regierung ist nicht imstande, hier Abhilfe zu schaffen.

Solange die zurzeit herrschende kapitalistische Wirtschaftsweise besteht, wird der Geburtenrückgang weiter in die Erscheinung treten. Erst wenn der Kapitalismus vom Sozialismus abgelöst ist, wird in dieser Beziehung eine Besserung eintreten. Und damit wird wieder einmal der Beweis erbracht werden, daß diejenigen, die man so oft als Vaterlandsfeinde bezeichnet, wirkliche Vaterlandsfreunde sind.

Karolus.

Aus der Partei.

„Der eiserne Moloch" vor dem Staatsanwalt. Da in Berlin die Unsittlichkeitsschnüffler Triumphe über Reproduktionen künstlerischer Bildwerke und selbst über wächserne Schaupuppen feiern, wollen auch die Mucker im gemütlichen Sachsen eine Freude haben. Als Objekte haben sie sich den großen Lemonnier herausgesucht, der selbst in dem klerikalen Belgien eines Denkmals für würdig gefunden worden ist. Das „Sächs. Volksblatt" in Zwickau hatte unlängst seinen Roman „Der eiserne Moloch" abgedruckt. Flugs saßen nach Unrat schnüffelnde Nasen dahinter, um die prächtige künstlerische Form zu zerstören und die krasse sexuelle Materie herauszuschälen. Diese brachten sie dann dem Staatsanwalt. Das kann ein interessanter Prozeß werden.

Der obdachlose Gemeindevertreter. In Zwintschöna, einem Dorf vor den Toren von Halle, war das Gemeindeparlament sozialistenrein, bis vor kurzem zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt wurden, obgleich die Dorfgewaltigen sich alle Mühe gegeben hatten, wenigstens die doppelte rote Gefahr abzuwenden. Von den beiden Mandaten war eines in der Ergänzungswahl, das andere in der Ersatzwahl zu besetzen. Aus wohl erwogenen Gründen hatte man aber die beiden Wahlen nicht an einem Tage, sondern an zwei Tagen angesetzt, außerdem hatte man die Wahl zu möglichst ungelegener Zeit vornehmen lassen. Trotzdem wurde am ersten Tage der Sozialdemokrat gewählt. Für den zweiten Wahltag hatte man einen ganz schlauen Trick ausgesonnen, und zwar hatte man unserem Kandidaten — seinen eigenen Schwiegervater als bürgerlichen Kandidaten gegenübergestellt. Doch der Sozialdemokrat siegte auch am zweiten Tage. Was nun? Der Schwiegervater kündigte dem neugebackenen Gemeinderat die Wohnung, die er in seinem Hause inne hatte. Unter den Gegnern der Sozialdemokratie war die Freude groß; denn da in dem ganzen Dorfe keine leere Wohnung vorhanden war, glaubten sie, unser Genosse müßte nun den Ort verlassen und würde so des Mandats verlustig gehen. Doch diese Spekulation war falsch. Ein Genosse machte es möglich, daß das auf die Straße gesetzte Gemeinderatsmitglied in seinem Hause Aufnahme fand. So wurden in Zwintschöna die Gegner doppelt geschlagen.

Ein neues Heim hat sich die Braunschweiger Arbeiterschaft geschaffen, ein Verwaltungsgebäude für die Arbeiterbewegung und zugleich Druckereigebäude für das Braunschweiger Parteiblatt. Das bebaute Grundstück ist 1387 Quadratmeter groß und befindet sich in unmittelbarer Nähe des Residenzschlosses, an der Schloßstraße. Für den Grunderwerb wurden 81 000 Mark verausgabt und der ganze Bau kostet etwa 470 000 Mark. Das „Rote Schloß", wie der prächtige, von roten Backsteinen errichtete Bau schon allgemein im Volksmunde genannt wird, enthält in seinem Erdgeschoß eine modern eingerichtete Buchhandlung und daneben die Expedition des „Volksfreund", weiter zwei vermietete Läden, von denen der Arbeiter-Konsumverein einen übernommen hat und die Bureaus des Fabrikarbeiterverbandes. In den oberen beiden Stockwerken befinden sich das Arbeitersekretariat, die übrigen Bureaus der Gewerkschaften und der Partei, sowie einige Wohnungen. Die Druckerei, Setzerei und Redaktion sind in einem Seitenflügel untergebracht. In dem Gebäude ist auch ein Jugendheim eingerichtet, das von den Organisationen prächtig ausgestattet wird. Das Stammkapital zum Bau des eigenen Heims bildet der Reservefond des „Volksfreund" in Höhe von 70 000 Mark. Durch Ausgabe von Hausanteilscheinen im Betrage von 20 bis 500 Mark gingen 58 000 Mark ein. Die Parteiorganisation des ersten Kreises, das Gewerkschaftskartell, die größeren Gewerkschaften und einige andere Vereine gaben 77 000 Mark leihweise her. Der übrige Teil der nötigen Mittel wurde durch Hypotheken beschafft. Aus Anlaß der Inbetriebnahme des neuen Heims gibt der „Volksfreund" seiner Osternummer eine illustrierte Festbeilage bei mit der Gesamtansicht des Gebäudes, Innenansichten und der photographischen Wiedergabe der ersten Nummer des „Volksfreund" vom Jahre 1871. Der Inhalt der Beilage behandelt die geschichtliche Entwicklung des Blattes und der Braunschweiger Partei- und Gewerkschaftsbewegung.

Aus dem nordschwedischen Eisenerzdistrikt.

(Von unserem Korrespondenten.)

Kiruna, 1. April.

Von Boden bis Kiruna ist eine Tagesreise, die durch die nördlichen Teile Lapplands geht. Von dieser Strecke (Lulea-Narvik) kommen die nordschwedischen Eisenerze, deren hervorragende Eigenschaften sie zu einem unentbehrlichen Rohmaterial der deutschen Stahl- und Eisenindustrie machen. Es geht nicht die ganze Ausbeute nach Deutschland, auch England und Belgien, sogar Amerika sind Bezieher der nordschwedischen Eisenerze. Zu dem in der deutschen Stahlindustrie angewandten Bessemerverfahren sind Roherze von der Reinheit und dem Phosphorgehalt der schwedischen notwendig. Die nordschwedischen Erze enthalten 65—75 Prozent und mehr reines Eisen. Die Ausfuhr nach Deutschland geht teils über den norwegischen Hafen Narvik nach Rotterdam und den Rhein hinauf, teils über den schwedischen Hafen Lulea am Bottnischen Meerbusen nach Lübeck und Stettin, woselbst der Verhüttungsprozeß vor sich geht.

Gerade dieser Bezirk soll nun von Rußland besonders gefährdet sein. In seinem Drange, einen eisfreien Ausgang zum Atlantischen Ozean zu bekommen, soll Rußland beabsichtigen, seine nordfinnischen Grenzen zu besichtigen und einen Teil von Norrland Schweden abnehmen zu wollen. Daß darin der Eisenerzbezirk eingeschlossen liegt, das ist für jeden schwedischen „Vaterlandsfreund" selbstverständlich. Als ich aber einem auf die Bude rückte, erklärte er, Rußland würde sicher noch weit südlicher gehen, um nicht nur Narvik, sondern auch Drontheim als eisfreien Hafen zu gewinnen. Der Phantasie sind hier zurzeit keine Grenzen gesetzt.

Der Distrikt ist landschaftlich zwar nicht hervorragend, aber doch sehr schön. Große, weiße Ebenen vom Gebirge eingeschlossen, das vereinzelt Höhen von über 2000 Meter über dem Meere erreicht. Der Winter reicht bis in den Mai hinein und Sommer wird es vor Ende Juni nicht. Die Sonne brennt aber schon jetzt am Mittage nicht schlecht auf die weiten Schneefelder, ohne ihnen viel anhaben zu können. In der Nacht sinkt die Temperatur auf mindestens 20 Grad Celsius, aber auch auf 30 Grad und darunter. Für die Landwirtschaft ist hier kein günstiges Feld, Getreidebau ist gänzlich ausgeschlossen und obgleich die Vegetation während des kurzen Sommers eine fast tropische sein soll, ist die Landwirtschaft wesentlich auf Viehzucht angewiesen. Dazu kommt die Renntierzucht der Lappen, die als Nomaden ihren Tieren folgen. Die Waldwirtschaft ist hier auch nicht hervorragend, da im Gebirge die Vegetation bald aufhört. Am höchsten klettert noch die Birke, allerdings in Zwergform.

Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die Lappen mit ihren Rentieren fast unbegrenzte Herren dieses Landes. 1864 wurden die Erzfunde an die Engländer verkauft. Die Ausbeutung lohnte sich jedoch nicht, so lange keine Eisenbahn

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft
von Graf E. A. Salias.
Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(17. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

XI.

Eine Tages unterhielt sich Fürstin Pauline gerade mit Makar Makarowitsch, als man vom Hofe her lautes Schellengeläute vernahm.

„Gnädigstes Fräulein," rief Eudoxia, indem sie atemlos ins Zimmer stürzte, „Gäste kommen! Und raten Sie einmal, wer!"

Erregt sprang die Fürstin von ihrem Sessel auf.

„Sage mir schnell, wer ist es!" antwortete sie. „Jage mir doch nicht unnötigerweise einen solchen Schreck ein!"

„Sie werden sich nicht erschrecken, gnädigstes Fräulein, im Gegenteil, Sie werden sich freuen."

„Nun, so sage es doch endlich!"

„Fürst Elias Petrowitsch ist da; er kommt direkt aus Moskau und bringt uns einen ganzen Sack voll Neuigkeiten mit. Ach, Fürstin, erkundigen Sie sich doch bei ihm nach allen unsern Lieben!"

Praskowia Andrejewna hörte die letzten Worte gar nicht mehr, denn sie eilte bereits dem Gaste entgegen.

Elias Petrowitsch wackelte wie eine Ente durch den Speisesaal, und als er seine Cousine erblickte, lachte er so laut, daß es im ganzen Hause schallte.

„Nun, Cousine, Du hast mich nicht erwartet, und ich bin doch gekommen. Man sagt zwar, ein ungebetener Gast sei ärger, als ein Tartar, aber daß ich kein Tartar bin, weiß ich bestimmt, obwohl ich von Dir nicht eingeladen bin."

Umständlich umarmte er seine Cousine und preßte seine dicken Lippen dreimal auf ihre Wangen.

„O mein Gott, wie freue ich mich!" rief die Fürstin.

„Ich weiß es, Cousinchen, ich weiß es, daß Du Dich freuest, aber ich muß Dir von vornherein sagen, daß ich nicht als Gast, sondern in wichtigen Geschäften hierher gekommen bin."

„Beabsichtigst Du lange hier zu bleiben?"

„Das weiß ich nicht, vielleicht zwei Tage, vielleicht auch acht Tage. Nur möchte ich Dich bitten, liebe Cousine, gütigst dafür sorgen zu wollen, daß man mir ein gutes Zimmer anweist, in welchem es vor allem nicht raucht; denn wenn ich mich heute in einem Zimmer schlafen lege, wo es Rauch und Dunst gibt, dann kannst Du morgen für mein Begräbnis Sorge tragen."

„Aber Vetter, wie kannst Du nur so frivol reden!"

„Ich spreche nur die Wahrheit; denn ich fürchte mich vor dem Ofendunste mehr, als vor dem Teufel in der Hölle, und sollte ich jemals erfahren, daß es in der Hölle raucht, so würde ich augenblicklich ein ordentlicher, guter Mensch werden, damit ich vor diesem Logis bewahrt bliebe."

Hierauf erzählte Fürst Elias Petrowitsch unter Scherzen und Lachen allerhand Geschichten aus Moskau; auch von seinem Onkel berichtete er, obwohl er seit der Abreise seiner Cousine niemals bei ihm gewesen war. Besonders betonte er, daß man sich über den alten Fürsten allgemein lustig mache und ihm unausgesetzt vorwerfe, daß er an seiner Tochter unsagbar schlecht gehandelt habe. Endlich teilte er Pauline mit, daß er sich in dieser Gegend ein Gut kaufen und immer hier bleiben wolle.

„Das kann und werde ich niemals glauben," rief die Fürstin lachend. „Dazu besitzest Du weder Geduld noch Ausdauer."

„Bei Gott, ich will mich nicht von der Stelle rühren, Cousine! Du lebst ja auch hier in der Einsamkeit und bist nicht gestorben, sondern Du siehst blühender und glücklicher aus, als früher."

Dann fragte er sie nach ihrem Leben in Beresopole. Sie hätte ihn gar vieles erzählen können, aber die Hauptsache mochte sie sich selbst noch nicht laut eingestehen, und daher war nicht viel zu erzählen.

„Der Tag vergeht von selbst, und ich brauche ihn nicht an der Hand zu führen," scherzte die Fürstin, „die Sonne geht auf, leuchtet einige Stunden und weicht schließlich dem Schatten der Nacht. Ich stehe auf, esse, trinke, lese, zeichne und gehe wieder schlafen. Das ist hier meine ganze Beschäftigung."

„Und die Nachbarn?"

„Anfangs trug ich mich mit der Absicht, in der Nachbarschaft Besuche zu machen, aber ich habe diese Absicht aufgegeben; denn vielleicht habe ich mehr Unannehmlichkeiten und Aerger davon, als Vergnügen und Abwechslung, und eigentlich habe ich auch von meinem Vater keine Erlaubnis erhalten, Bekanntschaften zu machen. Du weißt doch, Cousin, wie wir uns getrennt haben?"

„Ja, ja, ich weiß es, ich habe davon gehört. Du bist aus Moskau abgereist, ohne Abschied von ihm zu nehmen, nachdem Du ihn bereits seit acht Tagen nicht mehr gesehen hattest. Ja, ja, der Onkel ist sehr heftig, doch es gibt noch schlechtere Menschen. Weißt Du, Cousine, wir hatten einen Urgroßvater, von welchem man sich erzählt, er habe fünfjährige Birkenstämme zu einem Seil zusammengedreht und damit einen jeden geprügelt, der ihm widersprach. Seine Frau ist vor Gram gestorben, zwei Kinder haben vor Schreck die Epilepsie bekommen, einen Diakon hat er erschossen und zwei Nachbarn aus der Gegend vertrieben. Man machte ihm auch den Prozeß, aber der Alte behexte einen der Richter derart, daß der arme Teufel sein ganzes Leben hindurch wie ein Schaf blökte. Siehe, Pauline, solche Menschen haben wir in unserer Familie gehabt, und im Verhältnis zu unserem Urgroßvater scheint mir der Onkel noch sehr sanftmütig und gut. Aber wir beide, Du und ich, bilden eine Ausnahme; wir sind so geduldig und nachsichtig, daß wir niemand ein Leid zufügen, während alles auf uns losschlägt."

Drei Tage waren seit der Ankunft des Fürsten verflossen, und derselbe erwähnte seine Geschäftsangelegenheiten mit keiner Silbe mehr. Die beiden Verwandten unterhielten sich den ganzen Tag, lachten und scherzten. Einmal kam Fürstin Pauline auf ein Thema zu sprechen, welches den wunden Fleck ihres Herzens bildete, auf die Liebe. Das Gesicht des Fürsten wurde plötzlich ernster.

„Du behauptetest einmal, Cousine, mein Leben fließe ruhig und angenehm dahin," sprach er leise und bedächtig. „Du magst in gewisser Beziehung Recht haben; denn Kummer und Sorge lernte ich bislang nicht kennen. Gar oftmals mußte ich sehen, wie andere bitterlich weinten, doch ich vergoß niemals eine Träne. Wiederholt sah ich Männer und Frauen voll Bitterkeit lachen; aber ich habe keine Ahnung davon, was menschliches Elend ist. Cousine, irgend ein Sprichwort sagt: „Wenn Du das Elend nicht kostest, dann verstehst Du das Glück nicht zu schätzen." Dieses alte Sprichwort bewahrheitet sich an mir. Das Glück floh mich ebenso, wie die Freude, mein Leben floß ruhig, doch freudenleer dahin."

Das Antlitz des Fürsten nahm plötzlich einen solch düsteren Ausdruck an, daß Pauline ihren Vetter ganz erstaunt anblickte. Niemals hatte sie geglaubt, daß der ewige Spottvogel auch einmal ernst und traurig sein könnte.

Ja, ja," fuhr er nachdenklich fort, „ich bin jetzt schon ziemlich alt, ich habe ein halbes Jahrhundert hinter mir und noch keine eigentliche Freude genossen."

„Bist Du denn niemals einer Frau begegnet, die Dich uneigennützig geliebt hätte?"

„Einmal wohl," erwiderte er mit dumpfer Stimme, „Zwei Monate währte diese Freundschaft . . . allein die Zeit war zu kurz bemessen, als daß sich die Freundschaft in Liebe verwandeln konnte . . . Und dennoch war die Gelegenheit dazu geboten . . ."

„Und warum wurde aus der Freundschaft nicht Liebe?"

„Der Tod . . . der Tod selbst stellte sich zwischen mich und die Geliebte und entriß sie meinen Armen; sie starb infolge

den Transport zur Küste besorgte. Von Malmberget-Gellivare bis nach Lulea sind 205 Kilometer und diese Strecke wurden die Erze früher mit Hilfe von Renntieren transportiert. Das konnte natürlich keine größere Ausbeutung der Erzgruben gestatten. Erst der Eisenbahnbau brachte die Möglichkeit der Industrialisierung. In 1¼ Jahrzehnten sind aus den alten Lappendörfern Industrieplätze geworden, die mehrere tausend Einwohner zählen und von großer Bedeutung für die künftige Entwickelung der schwedischen Industrie überhaupt geworden sind.

In Malmberget-Gellivare werden jährlich rund eine Million Tonnen Eisenerze für den Export gefördert, in Kiruna, 100 Kilometer nördlicher, über drei Millionen. Die Förderung befindet sich in starker Steigerung, seitdem die Gesetzgebung eine größere Ausfuhr gestattet. Die Kirunagruben gehören zur Hälfte dem schwedischen Staat, zur anderen Hälfte dem Grängesbergtrust, der auch Eigentümer von Malmberget ist. Es handelt sich hierbei um das kapitalkräftigste Industrieunternehmen Schwedens. Die neben Kiruna liegenden Eisenfelder von Luossovara gehören ganz dem Staat, sind aber noch nicht in Betrieb. Die Gruben in Malmberget konnten wir unter Führung eines Ingenieurs der Gesellschaft besichtigen. Die jetzt im Abbau befindliche Erzader hat eine Länge von rund 6 Kilometer, die bis auf 300 Meter Tiefe genau untersucht ist. Der Abbau erfolgt einstweilen über Tag. Durch Tunnel im Gebirge sind die Bruchstellen mit der Sortierstelle und der Verladungsstation verbunden. Mit Ausnahme der ersten Verladung an der Bruchstelle erfolgen alle weiteren Verladungsprozesse durch Kippvorrichtungen, da es sich ja immer um den Transport von Berg zu Tal handelt. Die Sortierung selbst erfolgt auf magnetischem Wege. Die Eisenerze werden im großen Sortierungswerk an magnetischen Rollen festgehalten, die Granit- und unreinen Stücke fallen ab. Alle Vorrichtungen sind modernster Art, auch die Arbeiterschutzvorrichtungen sind im wesentlichen mustergültig. Nur im Sortierwerk, wo auch das Zerkleinern der Erzblöcke auf maschinellem Wege erfolgt, zeigt sich eine reichliche Staubentwickelung; die Absaugung könnte besser geordnet sein. Die Arbeitsverhältnisse wurden von dort tätigen Genossen als zufriedenstellend bezeichnet; die Löhne bewegen sich zwischen 4 Kronen für weniger qualifizierte Arbeiter und 8 Kronen für Hauer und Verlader usw., alles pro Schicht von 8 Stunden. Die Behandlung der Arbeiter durch die Verwaltung in Malmberget wurde als in jeder Hinsicht gut bezeichnet, dagegen soll in Kirana das Verhältnis weniger günstig sein. Wohnungs- und Lebensverhältnisse sind hier sehr teuer, die Wohnungspreise haben sogar Berliner Höhe erreicht, trotzdem Baugrund in überreichem Maße vorhanden ist. Die Lebensmittel müssen größtenteils aus dem Süden des Landes herangeschafft werden. Die Zufuhr ist schlecht organisiert und die Lebensmittelzölle verteuern die Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung einschließlich der Bauern des ganzen Nordschwedens. Für die Rückständigkeit der schwedischen Lebensmitteldistribution ist bezeichnend, daß die Kartoffeln aus Norddeutschland billiger nach dem hohen Norden gebracht werden, als aus dem kartoffelproduzierenden Mittel- und Südschweden. Der hier in großen Mengen konsumierte Speck wird aus Amerika eingeführt. Mit knapper Not gelang es in der letzten Reichstagssession, den Zoll auf Speck von 30 auf 12 Oere pro Kilogramm herabzusetzen. Die Entscheidung mußte durch das Los herbeigeführt werden, da die Liberalen zum großen Teil ihr Freihandelsprogramm verleugneten und mit den protektionistischen Konservativen für die Beibehaltung des Zolles stimmten. Da Stimmengleichheit vorlag, entschied das Los, diesmal zugunsten der nordschwedischen Konsumenten.

Bisher sind die Eisenerze unverhüttet ausgeführt worden. Inzwischen hat schwedische Ingenieurskunst, im Verein mit den unermüdlichen Bestrebungen der Ingenieure anderer Länder, das Problem der elektrischen Eisenschmelze so weit gelöst, daß dauernde Betriebe bereits eröffnet sind. Die Kirunaerze sollen, wie mir der hiesige Bergmeister Asplund, ein Parteigenosse und Mitglied der Ersten Kammer, mitteilte, sich zur Herstellung phosphorarmen Roheisens eignen. Im elektrischen Schmelzofen wird nur ein Drittel der sonst notwendigen Menge Holzkohle gebraucht. Sobald es gelungen sein wird, auf elektrischem Wege mit Hilfe von Koks ein billiges Roheisen herzustellen, wird die Industrie noch einen ganz anderen Aufschwung nehmen.

Nicht weit von Gellivare liegen im Lule Elv die Porgusfälle, die ungeheure Wasserkräfte — man schätzt sie auf 400 000 Pferdestärken — darstellen. Der schwedische Staat baut für 18 Millionen Kronen zurzeit die Porgusfälle aus. Zunächst sollen 25 000 Pferdestärken ausgebeutet werden, montiert wird für die Benutzung von 62 500 Pferdestärken. Neben elektrischer Betriebskraft für die Bahn wird die Industrie hier billige Betriebskräfte erhalten und die Absicht besteht, später auch mit elektrischer Eisenschmelze zu beginnen. Die industrielle Entwicklung geht demnach in diesem Bezirke einer großen Zukunft entgegen.

Diese nördliche Gegend ist es aber, die von den russischen Expansionsbestrebungen bedroht sein soll. Man fragt sich unwillkürlich: Was wollen die Russen hier? Erzreichtümer haben sie in ihren weiten Territorien mehr als sie zurzeit überhaupt untersuchen und ausbeuten können. Auch ihre Montan- und Maschinenindustrie hat bei ihrer Rückständigkeit kein Interesse an den hiesigen Erzen. Die Ausfuhr geht ja auch nicht nach Rußland, sondern nach Deutschland, England, Belgien und Amerika, wie oben erwähnt. Absatz russischer Industrieprodukte kommt noch weniger in Frage. Für Agrarprodukte wäre eher ein Absatz hier zu finden. Aber dazu bedarf es wirklich keiner Annektion, sondern lediglich besserer Organisation der russischen Ausfuhr. Für diese Ausfuhr kann der menschenarme Bezirk hier oben aber auch darum keine Goldgrube sein, weil sein Konsum im Verhältnis zu Rußlands Getreideverladungen viel zu gering ist.

Es kämen also nur strategische Rücksichten in Frage. Worin sollten die bestehen? Aber Rußlands künftige Schlachtfelder liegen nicht im Nordpolargebiet, sondern im Orient, auf dem Balkan und an den südlichen Küsten der Ostsee. Renntiere und Walrosse jagen ist keine lohnende Beschäftigung für das russische Heer. Metertiefer Schnee im gebirgigen Terrain, Tausende Kilometer vom Zentrum russischer Kraftentfaltung entfernt und bei 20 bis 40 Grad Kälte, sind auch gerade keine Faktoren, die auf strategische Interessen Rußlands schließen lassen.

Aber dieser Bezirk soll angeblich Rußland nach Narvik führen. Das ist nichts als eine müßige Kombination. Denn die vorhandene Eisenbahn Lulea—Narvik ist zwar für den Erztransport ausreichend, und genügt zur Not dem Personenverkehr in der menschenleeren Gegend. Zum Transport großer Armeen kann sie im jetzigen Zustand überhaupt nicht in Frage kommen. Die Züge können auf dieser Bahn, die von der schwedisch-norwegischen Grenze bis Lulea 305 Kilometer lang ist, nur sehr langsam fahren. Die Fahrt auf der eingleisigen Bahn dauert 14½ Stunden, das ist eine Geschwindigkeit von 22 Kilometer in der Stunde. Um die 39 Kilometer von der Grenze bis Narvik zurückzulegen, gebraucht man eine Stunde 40 Minuten. Diese Strecke geht am Abhange hoher Felsen mit ewigem Schnee dahin, ein Holzverschlag über der Bahn soll verhüten, daß sie nicht verschüttet wird, wenn die Schneemassen in Bewegung kommen. Für strategische Zwecke ist diese Bahn sicher unbrauchbar. Zudem kann Rußland kaum damit rechnen, diese Bahn in seine Hand zu bekommen, denn im Kriegsfalle würde sie doch sicher sehr schnell zerstört werden, wenn Schweden keine Möglichkeit mehr sehen würde, sie zu halten.

Will Rußland aber eine Bahn nach Narvik bauen, so kommt es auf leichterem Wege dorthin als durch einen Krieg mit Schweden. Rußland hat vom Endpunkte seiner finnischen Bahnen bis Narvik eine kürzere Strecke zurückzulegen auf dem jetzt ihm gehörenden Gebiet, als über Schweden. Aber es ist überhaupt Unsinn, Rußland zuzutrauen, daß es Milliarden auf diesen Schneefeldern verpulvern würde. Und um Milliarden handelt es sich bei all diesen Projekten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die preußische Regierung gegen die Gewerkschaften. Die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, wonach unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände für politische Vereine erklärt werden, ist nicht, wie vielleicht zuerst anzunehmen war, eine der bekannten impulsiven Polizeitaten des Herrn v. Jagow, sondern sie ist die Einleitung einer großen Aktion gegen die Gewerkschaften, die von der preußischen Regierung vorbereitet wird. Herr v. Jagow ist anscheinend nur der Eilfertigste in der Ausführungen der Weisung einer höheren Staatsbehörde. Regen Anteil hat er sicher an dieser neuesten reaktionären Tat, denn aus seinem Gutachten an das Oberverwaltungsgericht war schon bekannt, daß er beim Minister wegen dieser Sache Vortrag gehalten hat. Bei Herrn v. Dallwitz wird er gewiß ein verständiges Ohr gefunden haben, so daß jetzt vom preußischen Ministerium aus dieser reaktionäre Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände geführt wird. Die „Ostsee-Zeitung" will nämlich aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die preußische Regierung die Unterstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter das Reichsvereinsgesetz beschlossen habe. Die erste Folge dieses Beschlusses sei das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Zentralverbände der Gewerkschaften in Berlin. Gleiche behördliche Maßnahmen durch die übrigen Polizeiverwaltungen Preußens ständen unmittelbar bevor. Eine ganz gleiche Meldung wie die „Ostsee-Zeitung" bringt die „Braunschweigische Landeszeitung". Sie weiß zu melden, daß auch die übrigen Polizeiverwaltungen Preußens in allernächster Zeit dem Vorbilde des Berliner Polizeipräsidenten folgen und die gewerkschaftlichen Zentralverbände für politische Vereine erklären werden. Schon wissen die Scharfmacherblätter jubilierend zu verkünden, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zwangsweise ein Fünftel ihrer Mitglieder verlieren, durch den Ausschluß der jugendlichen, unter 18 Jahre alten Personen, die politischen Vereinen eben nicht angehören dürfen. Diese Berechnung charakterisiert sich nicht allein als bodenlose Dummheit, denn daß 20 % der Gewerkschaftmitglieder nicht Jugendliche sind — nicht sein können —, muß jeder auch mit nur sehr mittelmäßigem Begriffsvermögen ausgestattete Menschen sofort erkennen. Nein, in dieser Angabe liegt die alte Perfide versteckt, daß die Gewerkschaften zu einem großen Teile aus „Jungen" bestehen. Lassen wir den Herrschaften ihre Freude an dieser kindlichen Berechnung. Nicht für eine einzige Gewerkschaft — und hätte sie noch so viel mit jugendlichen Personen zu rechnen — kommt dieser Prozentsatz auch nur annähernd Betracht; viele Gewerkschaften haben überhaupt keine jugendlichen Mitglieder. Daß Preußen seinem alten Weltruf getreu sich auch hier wieder als Hort der Reaktion zeigt, gehört zur Tradition preußischer Gesetzgebung und Verwaltung. Landgesetz gilt dort übrigens noch immer über Reichsgesetz. Um so mehr sind Versprechungen, wie sie Regierungsvertreter im Reichstage geben, für preußische Behörden Luft, wobei freilich bezweifelt werden muß, daß auch an jener Stelle etwa der ernste Wille vorhanden wäre, den Versprechungen gemäß darauf zu achten, daß das „liberale" Vereinsgesetz ohne Schikane in Anwendung gebracht werden soll. Darüber wird sich wohl noch sehr angelegentlichst der Reichstag zu unterhalten haben.

Feudaler und behördlicher Terror.

Seit Jahresfrist macht der Pommersche Bauherrnverband Versuche, an seinen Bauten keine Mitglieder des Bauarbeiterverbandes zu dulden. Vor wenigen Wochen haben die feudalen Bauherrn erneut zu erkennen gegeben, daß sie auch in Zukunft ihren Terror gegen die Bauunternehmer sowohl wie auch gegen die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes aufrecht erhalten wollen. In einem Rundschreiben, das die Vorstände der Kleingrundbesitzervereine von Greifenberg i. P. und Treptow a. R. und der Großgrundbesitzerverein dieser Kreise herausgegeben haben, heißt es, daß sich 182 Mitglieder dieser Vereine entschlossen haben, nur solchen Bauunternehmern die Ausführung von Bauten zu übertragen, die sozialdemokratisch organisierte Arbeiter nicht beschäftigen. Das Rundschreiben trägt die Unterschriften der edlen Ritter v. Blittersdorf-Karolinenhof, Fuhrmann-Klätkow und Wilke-Renschow. Zustandegekommen ist es in einer Versammlung der Herrschaften in Treptow, in der vorher der Landrat des Kreises v. Thadden-Trieglaff durch eine hochpatriotische Rede über „Der Kaiser, Hamburg und Kiel" die Anwesenden gehörig warm gemacht hatte.

Die gleiche Bahn zur Bekämpfung des Bauarbeiterverbandes beschreitet nunmehr auch der Stadtmagistrat in Treptow a. d. R., an dessen Spitze ein Fr. v. Minnigerode steht. Also auch ein feudaler Herr, der die gleichen Allüren zeigt wie der Bauherrnverband. Die Stadt führt zurzeit einen Neubau auf. Unter dem 28. März ist einem Unternehmer der Zuschlag erteilt, wobei er in einem besonderen Schreiben auf folgendes verpflichtet worden ist:

„Hiermit erteilen wir Ihnen auf Ihr Angebot vom 25. März 1914 auf Ausführung der Maurerarbeiten zum Wiederaufbau des Forsthauses Jungfernbrück zu den im

---

eines Sturzes vom Pferde. Außer diesem einen Male habe ich nie gemerkt, daß jemand mich um meiner selbst willen geliebt hätte. Wer möchte auch die Tonne heiraten, welche jetzt vor Dir steht? Wenn es aber je geschehen könnte . . . ." Er machte eine verzweiflungsvolle Handbewegung und schrie: „Nein, nein, es war niemals und wird auch niemals der Fall sein!"

Den ganzen Tag blieb der Fürst schweigsam. Als er am Abend in die Gemächer seiner Cousine trat, brachte er ein kleines Etui mit, setzte sich Praskowia Andrejewna gegenüber und sagte:

„Hier ist die Illustration zu meiner Beichte! Ich wage es heute zum erstenmal, dieselbe jemand zu zeigen."

Bei diesen Worten entnahm er dem Etui ein Miniaturgemälde, welches einen schönen, blonden Frauenkopf darstellte. Lange betrachtete Pauline das Porträt, endlich versetzte sie kopfschüttelnd:

„Wie sonderbar! Die Dame ist doch keine Russin, Vetter, nicht wahr? Du hast sie gewiß im Auslande kennen gelernt?"

„In Holland . . . in Rotterdam. Sie war die Schwester des dortigen Bürgermeisters und hieß Ottilie van Offen." Und traurig setzte er hinzu: „Heute wäre sie Fürstin Beresopolski, wenn ihr Sattel einen besseren Gurt gehabt hätte . . ."

„Sonderbar . . . und dennoch ist eine gewisse Aehnlichkeit vorhanden. Sage einmal, Vetter, hast Du bei mir nicht ein Stubenmädchen namens Eugenie gesehen?"

„Aha, die Blonde! Jawohl, ich habe sie gesehen. Findest Du etwa eine Aehnlichkeit zwischen beiden Gesichtern? Ja, ja, Du kannst recht haben, Cousine, aber diese Aehnlichkeit frappiert bloß im ersten Augenblick. Der größte Reiz Ottiliens bestand in ihren wunderbaren Augen, die immer zu lachen schienen. Allein Dein Stubenmädchen sieht aus, als habe sie jemand ermordet, oder als plane sie einen Totschlag; ihr Anblick ist unangenehm . . . ihr Gesicht gleicht dem einer Furie oder einer Hexe."

„Sie ist nicht immer so, im Gegenteil, sie kann außerordentlich vergnügt sein. Erst seit kurzer Zeit hat es sich verändert. Aber eine Aehnlichkeit existiert doch, nicht wahr? Und wenn Du Dich nun um dieser Aehnlichkeit willen in meine Eugenie verlieben würdest?"

Fürst Elias brach in ein lautes, herzliches Lachen aus.

„Nein, nein, Cousine, ich bin nicht Onkel Andrej, und für mich existieren diese Eugenien, Justinen usw. nicht. Nur unter Ebenbürtigen kann von Liebe die Rede sein. Verliebe Dich doch einmal in einen Deiner Diener oder in Deinen Kutscher . . . Probiere es nur einmal . . . Nun, siehst Du . . . so denke ich auch!"

Die Fürstin erwiderte keine Silbe, aber sie wurde dunkelrot im Gesichte. Wenn Du nur wüßtest, dachte sie mit Entsetzen.

XII.

Seit der Ankunft des Fürsten Elias Petrowitsch ging es im Schlosse zu Beresopole so lebhaft zu, als wohnten dort nicht zwei, sondern zwölf Personen. Der „Wandervogel" brachte überall, wohin er kam, Lust und Fröhlichkeit mit; Traurigkeit liebte er nicht. Da er viele Reisen gemacht hatte, so konnte er auch viel erzählen, und er besaß tatsächlich eine fesselnde Unterhaltungsgabe. Außerdem war er im Unterschiede von seinen Standesgenossen ungemein gutmütig und liebenswürdig: ohne daß er es wußte, benahm er sich manchmal gegen Geringere weit höflicher, als gegen Seinesgleichen, da er stets befürchtete, er möchte Leute, die unter ihm ständen, kränken und beleidigen. Malerei und Musik liebte er über alles; er malte sehr gut und galt auch als ein tüchtiger Musiker. Nur von der Literatur wollte er nichts wissen. Ein Buch in der Hand halten, selbst umblättern, mit eigenen Augen lesen und dabei den Verstand anstrengen, nein, das paßte ihm nicht! Uebrigens sprach er außer seiner Muttersprache auch deutsch, französisch und italienisch.

Endlich erinnerte er sich eines Morgens, daß er in Geschäftsangelegenheiten nach Beresopole gekommen war, und er begab sich daher sofort zu Makar Makarowitsch, um mit diesem über den Ankauf des in der Nähe gelegenen Landgutes Pratischtschnoe zu beraten. Wie erstaunte er, als er beim Eintritte in das Wohnzimmer des alten Edelmannes sah und hörte, daß dieser auf der Flöte spielte! Vergessen war die ganze geschäftliche Angelegenheit, eine Stunde hindurch unterhielten sich die Herren über Musik, und man kam schließlich dahin überein, daß Makar Makarowitsch Abend für Abend in das Schloß kommen sollte, wo beide ein Duett aufführen wollten. Beim Abschiede sagte Elias Petrowitsch zu Trubitzkoe in seiner wirklich aufrichtigen Gutmütigkeit:

„Von heute an sind wir Freunde, Makar Makarowitsch; denn wenn sich in einem solchen Neste zwei Flötenspieler treffen, so müssen sie Freundschaft schließen."

Der Fürst eilte sofort zu seiner Cousine, um ihr seine unerwartete Entdeckung mitzuteilen. Als er durch das Speisezimmer ging, sah er auf einem Sessel das hübsche Stubenmädchen der Schloßherrin sitzen. Unbeweglich saß Eugenie da; sie merkte es nicht, daß Fürst Elias ins Zimmer trat, und sie merkte es auch nicht, daß er sie scharf beobachtete. Ihre Blicke schweiften ziellos in die Ferne. Der Edelmann blieb vor dem Mädchen stehen und beobachtete es eine geraume Weile hindurch, während ein trüber Schatten über sein Gesicht huschte.

„Sie ist doch keine Furie," flüsterte er. „Ja, ja, eine gewisse Aehnlichkeit läßt sich nicht ableugnen . . . Sie scheint auch nicht schlecht zu sein, nur etwas betrübt . . ."

Immer aufmerksamer schaute er Eugnie an und wurde ganz bestürzt; denn jetzt erst fiel ihm die frappante Aehnlichkeit des Mädchens mit seiner verstorbenen Geliebten auf. Er wollte das Mädchen anreden, doch er hatte den Namen vergessen.

„Auch die Namen ähneln sich," murmelte er. „Jene hieß Ottilie, und diese hier heißt Emilie, wenn ich nicht irre."

Er seufzte, und ohne das Mädchen aus seinen Träumereien zu wecken, begab er sich zu seiner Cousine. Auch Fürstin Pauline war nicht wenig erstaunt, als sie von dem musikalischen Talent des alten Trubitzkoe hörte.

„Makar Makarowitsch versteht nicht bloß die Flöte zu halten und den Mund zu spitzen, sagte Elias Petrowitsch, „sondern er spielt auch mit wahrem Gefühl und mit echt künstlerischem Verständnis. Seitdem ich Italien verlassen habe, bin ich niemand begegnet, der so seelenvoll zu spielen versteht, wie gerade er. Und sag' an, liebste Cousine, gerade in Beresopole soll ich solch einen Schatz finden! Als ich hierher kam, glaubte ich, nur Dich zu treffen, und ringsumher Wölfe und Bären, und statt dessen finde ich einen so gottbegnadeten Künstler. Jedenfalls muß er sich noch heute vor Dir hören lassen."

Unterdessen dachte Pauline bei sich: Du würdest noch weit mehr staunen, mein Lieber, wenn Du hier noch einen anderen Menschen kennen lerntest, der nicht bloß hervorragendes Talent, sondern auch Schönheit, Anmut und Verstand besitzt. Ja, ja, man kann auch hier Wunderdinge erleben, und es ist deshalb gar nicht nötig, in die Hauptstädte und in fremde Länder zu reisen. Als sich ihr Vetter einigermaßen beruhigt hatte, reifte in der Fürstin schnell ein Entschluß; sie wollte mit Elias Petrowitsch von ihrem Liebling zu reden anfangen, und was sehr bemerkenswert war, sie konnte ganz ruhig, ohne zu erröten und zu zittern, von ihm sprechen und dem Vetter dabei sogar in die Augen sehen, so daß sie selbst über ihre Kühnheit erstaunte. Kaum fing sie jedoch von dem talentvollen Bildhauer, jenem einfachen Bauern und Leibeigenen, zu erzählen an, da brach Fürst Elias in ein moquantes Lachen aus und scherzte und stichelte ohne Unterlaß. Fürstin Pauline empfand diesen Hohn schmerzlich, und rasch entschlossen, stand sie auf und nahm von ihrem Schranke eine Wachsfigur, einen Engel mit goldenen Flügeln und mit auf der Brust gekreuzten Armen.

(Fortsetzung folgt.)

Angebot angegebenen Einheitspreisen, unter den dem Angebot angehefteten, von Ihnen anerkannten Bedingungen, sowie der besonderen Bedingung den Zuschlag, daß bei den Arbeiten Mitglieder oder Angehörige des Deutschen Bauarbeiterverbandes (freie Gewerkschaft) nicht beschäftigt werden. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird pro Mann und Tag eine Vertragsstrafe von Mark 10 — zehn Mark — von Ihrem Guthaben in Abzug gebracht und zu unseren Gunsten einbehalten.

Sie verzichten auf alle Einreden und Einwendungen. Der Rechtsweg wird ausgeschlossen.

Fr. v. Minnigerode."

Höher geht es gewiß nimmer in der Bekämpfung der freien Arbeiterschaft. Wir sind es seit jeher gewöhnt, daß sich unsere Kommunal- und auch die staatlichen Behörden nichts daraus gemacht haben, wenn die Arbeiten, die aus Mitteln der Allgemeinheit ausgeführt wurden, von auswärtigen Arbeitern unter schlechteren Arbeitsbedingungen, als die am Orte üblichen, hergestellt werden. Nur wenige Behörden sind mit besonderer Sorgfalt bemüht gewesen, ihren steuerzahlenden ansässigen Arbeitern die Arbeit und vor allem die geltenden Löhne und Arbeitszeit zu sichern. Aber nirgends ist es bisher vorgekommen, daß eine Behörde ausdrücklich die Ausschaltung der Arbeiter einer bestimmten Organisation zur Bedingung macht. Eine solche Handlung stellt den schwersten Mißbrauch einer Amtsgewalt dar, den eine Magistratsverwaltung gegen einen Teil der Bevölkerungsschicht anwendet, die sich auf dem Boden des Rechts bewegt. Das ist der Terror in der allerschlimmsten Form, die nur denkbar ist.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe müßte, wenn er auch nur einen Funken von Tariftreue zum Ausdruck bringen wollte, seine Mitglieder öffentlich auffordern, solche Bedingungen überall zurückzuweisen, weil sie mit dem Vertragsverhältnis in Widerspruch stehen. Erst kürzlich hat das Haupttarifamt im Baugewerbe entschieden, daß es unzulässig und als eine Maßregelung anzusehen ist, wenn die Unternehmer, die solche Verträge eingehen, in denen die Mitglieder der Vertragspartei von der Beschäftigung ausgeschlossen sind, Vertragsbruch begehen. Der Unternehmerbund aber rührt sich nicht. Ein Vorstandsmitglied des Bundes, Herr Thiemann-Köln, hat bei einer solchen Gelegenheit geäußert, daß es als eine Dummheit des Unternehmers anzusehen sei, wenn er den Arbeitern den wahren Grund ihrer Entlassung mitgeteilt habe. Die Unternehmer befänden sich in einer Zwangslage; wenn sie die Arbeit nicht anderen Unternehmern überlassen wollten, müßten sie solche Bedingungen schon eingehen. Der Ansicht scheinen die Unternehmer im Arbeitgeberbund ganz allgemein zu sein, wenn es sich darum handelt, den Arbeitgeberbund von einer Vertragspflicht loszureißen. Der weitere Rat des Kölner Unternehmers ist allerdings noch nicht befolgt worden, sondern den Arbeitern sind die Schriftstücke vorgelegt und ihnen damit gezeigt worden, daß trotz der Entscheidung des Haupttarifamts die Unternehmer auf solche Verträge eingehen und sich darauf verlassen, unter den Angehörigen des Bauarbeiterverbandes Proselyten zu sammeln.

Daß sich irgend ein Staatsanwalt oder ein Gericht finden wird, die sich die feudale Bauherrengesellschaft vornehmen werden und sie mit einem Prozeß wegen Verrufserklärung, Boykottierung oder Vermögensschädigung zur Vernunft bringen werden, daran ist nicht zu denken. Das geschieht nur dann, wenn die Arbeiter sich gegen die „Bratherren" wehren. Aber was sagt denn der Herr Staatsminister des Innern dazu? Auf Veranlassung des Herrn v. Delbrück wurde doch der Bauarbeiterverband mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe 1912 zusammengeführt, um durch ein neues Vertragsverhältnis den Frieden im Baugewerbe für die Zukunft zu sichern. Das Treiben des Stadtmagistrats in Treptow a. R. ist doch eine öffentliche Fronde gegen die Absicht des Staatsministeriums. Man soll doch nicht meinen, daß sich die Arbeiter des Baugewerbes eine solche Maßregelung wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer gesetzlich zu Recht bestehenden Organisation ruhig gefallen lassen.

Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse.

Unter dieser Spitzmarke macht zurzeit eine Notiz die Runde durch die Reichsverbandspresse, in der von der Ortskrankenkasse in Stolp i. P. die Rede ist, die nunmehr zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse umgewandelt ist. In der betreffenden Notiz wird gleich zur Einleitung gesagt, daß die neue Kassenverwaltung ein schwieriges Stück Arbeit zu leisten hat, „um die eingerissene Mißwirtschaft auszuräumen". Und dann geht es im einzelnen über die „Mißwirtschaft" her, die natürlich von der „früheren sozialdemokratischen Mehrheit" stammt. Der frühere Vorsitzende soll noch schnell, bevor die Herrlichkeit ein Ende nahm, „ein Grundstück an die Krankenkasse zu einem anormal hohen Preis verkauft haben". „Der frühere zweite Vorsitzende und der Schriftführer der Kasse, die als Vertreter der Krankenkasse den Kauf abgeschlossen hatten, wurden noch schnell zu Beamten befördert". Es sei später eine gerichtliche Taxierung erfolgt. „Hierbei wurde das Grundstück um 20 000 Mark billiger taxiert, wie es der Vorsitzende an die Kasse verkauft hatte. Der schon begonnene Neubau wurde sofort eingestellt und weitere Schritte in die Wege geleitet, um den sonderbaren Kauf rückgängig zu machen."

Soweit die Notiz, in den bürgerlichen Amts- und Winkelblättern. Was ist nun eigentlich in der Stolper Krankenkasse vorgegangen, solange die „sozialdemokratische Mehrheit am Ruder" war? Die eingerissene „Mißwirtschaft", von der die Notiz spricht, wird am besten dadurch gekennzeichnet als das, was sie in Wirklichkeit war, wenn wir darauf verweisen, daß es der „sozialdemokratischen Herrlichkeit" gelungen war, bei einer erhöhten Krankenzahl innerhalb zwei Jahren einen Ueberschuß von 40 000 Mark zu erzielen und 60 % Krankengeld zu zahlen, während alle übrigen Kassen am Orte nicht über 50 % herausgehen könnten. Ferner war die Kasse so mustergültig geleitet, daß die Aufsichtsbehörde sich in schwierigen Fällen von ihr Rat und Hilfe holte. Nach der Umwandlung der Kasse zu einer „Allgemeinen" war Stolp die erste Stadt im Reiche, deren Kasse einen amtlich bestellten Vorsitzenden erhielt. Dieser, ein Leutnant a. D. legte aber schon nach kurzer Zeit das Amt nieder, nachdem er eingesehen hatte, daß mit den „nationalen Vertretern" nicht zu arbeiten war.

Daß die Krankenkasse von dem ehemaligen Vorsitzenden ein Grundstück gekauft hat, ist richtig. Dieser Vorsitzende war aber kein Sozialdemokrat. Unwahr ist, daß der Preis des Grundstückes ein anormaler sei. Das Grundstück kostete dem Verkäufer 51 000 Mark, was bei der Berechnung der Wertzuwachssteuer mit Urkunden belegt worden ist. Für das gleiche Grundstück, das im Werte nicht gesunken ist, hat er von der Kasse nur 48 500 Mark erhalten. Kann da behauptet werden, daß 20 000 Mark zuviel gezahlt wurden? Im übrigen ist ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht worden, das die Angelegenheit genau prüfen wird. Der frühere Vorsitzende hat Strafantrag gestellt.

Und wie steht es mit der schnellen Anstellung der Beamten, die den Kauf gutgeheißen haben? Am 6. September wurde der Kaufvertrag geschlossen. Am 1. November wurde ein Beamter angestellt, der als Dirigent bei den nationalen Vertretern tätig war. Am 1. Januar kam dann erst der ehemalige stellvertretende Vorsitzende an die Reihe und zwar wurde er Kassenbote. Fünf Wochen später wurde er aber, da er zu der Zeit auch national geworden war, des wenig angenehmen Außendienstes enthoben und dafür als Beamter auf der Kasse selbst beschäftigt.

Das ist der Sachverhalt. Von einer angeblichen sozialdemokratischen Mißwirtschaft wird wohl niemand etwas entdecken. Wohl aber kann mit Recht von einer nationalen Günstlingswirtschaft gesprochen werden.

Aus der Jugendbewegung.

Vom Polizeikampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft. In Königsberg wurde, wie schon gemeldet, eine Schulentlassungsfeier des Arbeiterbildungsausschusses, weil sie „politisch" sein sollte, von der Polizei nach echt russischem Muster gesprengt. Die Jugendlichen wurden mit Gewalt aus dem Saale gejagt. Der Veranstalter wurde zweimal für verhaftet erklärt, mit Gewalt von der Tribüne heruntergeholt und stundenlang grundlos seiner Freiheit beraubt. Nicht genug! Nachdem das Fest polizeilich gesprengt, wurden die verschlossenen Türen des Jugendheims, in das sich ein Teil der verjagten Festgäste zurückgezogen, gewaltsam erbrochen, mit Knüffen und Püffen die Jugendlichen zum zweitenmal hinausgetrieben. Ein zwanzigjähriges junges Mädchen wurden unter dem furchtbaren Verdacht, jünger als 18 Jahre zu sein, festgenommen, auf das Polizeipräsidium geschleppt und erst auf den Beweis ihrer Unschuld hin freigelassen. So geschehen in Königsberg bei Rußland, 5. April 1914. Und wie sieht das Programm aus, das für „politisch" erklärt wurde? Es lautet:

Schulentlassungsfeier.
Sonntag, den 5. April 1914, Anfang 5½ Uhr, im großen Saale des Sieburger Hauses.

Programm:

I. Teil.

1. Orgelpräludium.
2. Deklamationen:
   An die Jünglinge . . . . . Friedrich Hebbel
3. Gesangverein „Vorwärts":
   a) Hymne, mit Orgelbegleitung Ernst, Herzog von Sachsen
   b) Märzluft . . . . . Angere
   c) Untreue . . . . . Fr. Slicher
4. Festrede.
5. Klaviervorträge.

II. Teil.

6. Orgelvortrag, Andante . . . . Mendelssohn
7. Baritonsolo, Herr Schulz:
   a) Trockne Blumen . . . . . Schubert
   b) An den Sonnenschein . . . Schumann
8. Deklamation: Wochenpredigt . Gottfried Keller
9. Klaviervorträge.
10. Gesangverein „Vorwärts":
    a) Frühlingsreigen . . . . . Uthmann
    b) Weihe des Gesanges, Priesterchor aus „Zauberflöte" . . Mozart
    c) Wanderschaft . . . . . Zöllner
11. Deklamationen:
    a) Der Heideknabe . . . . . Friedrich Hebbel
    b) Zu Pferd, zu Pferd . . . Friedrich Hebbel
12. Orgelvortrag, Fantasie . . . . Liszt
13. Überreichung von Büchern an die Schulentlassenen zum Andenken an diese Feier.

Um die Ausführung dieses Programms zu verhindern: Gewaltanwendung, Beleidigung und Belästigung von Veranstaltern und Teilnehmern, sogar Verhaftungen! Aber auch Jagow in Berlin ist nicht müßig. Durch einen Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten ist die Neue Freie Volksbühne unter — Polizeistunde gestellt worden. Wie eine Schnapsbude! Jagow hat dem Theater der Berliner Neuen Freien Volksbühne gegen eine Strafe von 200 Mark für jeden Fall verboten, seine Vorstellungen über 11 Uhr abends auszudehnen. Dabei kann dieses Theater, das für Publikum aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen geschaffen ist, seine Vorstellungen erst eine halbe Stunde später als die andern Theater Berlins beginnen! Wenn es nun bis 11 Uhr irgendein Stück nicht herunterspielen kann, so muß es darauf verzichten. Das wollen die vermuckerten Bureaukraten natürlich auch bezwecken. Nicht minder eifrig sind die sächsischen Staatsretter am Werke, wenn es gilt, die Arbeiterschaft zu schikanieren. Der Turnverein „Frisch auf" in Wurzen hatte am Sonntag, 5. April (Palmarum) im Restaurant zum Bürgergarten einen aus turnerischen Aufführungen und Deklamationen bestehenden Familienabend veranstalten wollen und darum nachgesucht, zu dieser Veranstaltung und zur Erhebung eines Eintrittsgeldes von 20 Pfg., das, sofern ein Ueberschuß nach Deckung der Unkosten entstehen sollte, zur Anschaffung von Geräten verwendet werden solle, Genehmigung zu erteilen. Die Veranstaltung wurde jedoch vom Stadtrat Troitzsch mit folgender klassischen Begründung verboten: „Der Turnverein „Frisch auf" steht im offenen Gegensatz zu den der Deutschen Turnerschaft angehörenden vaterländischen Turnvereinen, seine Mitglieder gehören zum großen Teile der sozialdemokratischen Partei an, die ihrerseits auf einem kirchenfeindlichen Standpunkt steht. Die Veranstaltung eines Konfirmandenabends durch Angehörige eines solchen Vereins muß den großen Teil der Einwohnerschaft, der nicht im Gegensatz zur Religion und Kirche steht, in ihrem christlichen und religiösen Empfinden auf das tiefste verletzen und als öffentliche Profanierung wirken . . . . . Es wird daher die Veranstaltung des Familienabends, da durch denselben die berechtigten Interessen eines großen Teiles der Einwohnerschaft, die dahin gehen, in ihrem religiösen Empfinden nicht gestört zu werden, verletzt und sonach die Interessen der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt gefährdet werden, verboten. Nach alledem dürfen wir wohl die berechtigte Hoffnung hegen, daß die bisherigen und die noch kommenden Gewalt- und Willkürakte unserer Staatserhaltenden der sozialdemokratischen Partei viele neue Mitkämpfer zuführen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Göttingen fällte, wie schon berichtet, am 8. April nach dreitägiger Verhandlung das Urteil in dem Prozeß gegen den Zigarrenmacher August Fuhrmann, der unter der Anklage stand, am Weihnachtsabend des vergangenen Jahres den 40 Jahre alten Förster Knoche vom Forsthaus Nonnenholz bei Klein-Almerode vorsätzlich und mit Überlegung getötet zu haben. Der Förster machte am Weihnachtsabend gegen 5 Uhr nachmittags einen Pirschgang durch den Wald, da er den begründeten Verdacht hegte, daß in der ihm unterstellten Forst gewildert werde; er wollte aber zur Einbescherung der Kinder wieder zu Hause sein. Als der Förster sich um die angegebene Zeit noch nicht eingefunden hatte, bekam es die Frau mit der Angst zu tun und machte sich auf die Suche. Gegen 10 Uhr wurde der Förster tot aufgefunden, mit einer vollen Schrotladung im Halse. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich bald auf den Angeklagten, der nach acht Tagen festgenommen wurde, nachdem er einmal auf verfolgende Gendarmen geschossen hatte. In der Verhandlung suchte der Angeklagte den Vorfall so darzustellen, als ob der Förster zuerst auf ihn angeschlagen und er somit in Notwehr gehandelt hätte, als er den tödlichen Schuß auf seinen Gegner abgab. Nach dem Spruch der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten wegen Mordes zum Tode, wegen versuchten Mordes an dem verfolgenden Gendarmen zu fünf Jahren Zuchthaus und wegen Jagdvergehens zu einer Woche Gefängnis. Der Verurteilte erklärte auf Befragen mit ruhiger Stimme, er nehme die Strafe nicht an. — Den Geschworenen, die nach einem Zeitungsbericht fast durch die Bank passionierte Jäger waren, scheinen hinsichtlich der Geistesbeschaffenheit des Angeklagten keinerlei Bedenken aufgestiegen zu sein. Und doch wären solche Bedenken sehr am Platze gewesen. Denn allem Anscheine nach hat man einen Irrsinnigen zum Tode verurteilt. Bereits am Vortage hatte der als Zeuge vernommene Pächter der Kleinalmeröder Jagd, Herr Dr. med. Weppler, der dem Mörder gestattet hatte, in seiner Jagd zu jagen, sich dahin ausgesprochen, daß der Angeklagte einen Rappel habe. Dieser Zeuge wurde dann auch als Sachverständiger gehört. Nach seiner Auffassung leidet der Angeklagte an „Jugendirrsinn." Daß er bei dem Verbrechen im Vollbesitz seiner freien Willensbestimmung gewesen ist, bezweifelt er. Entgegengesetzter Ansicht ist der Kreisarzt Prof. Dr. Lachte, der den Angeschuldigten für strafrechtlich verantwortlich hält. Wenn bei Fuhrmann gewisse Absonderlichkeiten zutage getreten seien, so hätten sich diese erst während der längeren Untersuchungshaft herausgebildet. Kreisarzt Dr. Meyer, Münden, berichtet über den Leichenfund. Nach seiner Überzeugung ist es ausgeschlossen, daß der Erschossene dem Mörder schußbereit gegenübergestanden habe. Verschiedene Auslassungen des Angeklagten deuten darauf hin, daß man es mit einem absonderlichen Menschen zu tun hat. So hat er dem Gendarmen auf dem Transport ins Gefängnis über die verschiedenen Parteien im Reiche Vortrag gehalten. Er hat ihm auch gesagt, falls er verurteilt wurde, ginge er nach Verbüßung der Strafe ins Ausland, um dort seiner Jagdliebhaberei weiter frönen zu können. Auch seine religiöse Überspanntheit hat er wiederholt zum Ausdruck gebracht. So will er durch seine Tat vom Unglauben zum echten Christen bekehrt worden sein. Gott habe mit ihm Großes vor. Auch die Sozialdemokratie will er bekämpfen. Da der Vater des Angeklagten im Irrenhause gewesen ist, scheint auch der Sohn erblich belastet zu sein.

Ein Prozeß, der 133 Jahre dauerte. In Biella in Oberitalien ist dieser Tage ein Prozeß beigelegt worden, der seit dem Jahre 1781 dauert. Eine Adelsfamilie Salomone klagte damals gegen eine kleine Gemeinde, die die Wasserrechte dieser Familie verletzt haben sollte. Das Besitztum der Salomone hat inzwischen mehrfach den Besitzer gewechselt, die mit dem Lande auch den Prozeß übernahmen, wie ein Bürgermeister der Gemeinde diesen Prozeß von anderen erbte. Der Rechtsstreit hatte ungeheure Summen verschlungen, als sich endlich die streitenden Parteien zu einer Einigung verstanden. Ein Teil der strittigen Wasserquelle bleibt der Gemeinde und der andere wird den Gütern des Klägers zurückgegeben. Um dieses Resultat hat man 133 Jahre prozessiert und ganze Generationen von Rechtsanwälten in Nahrung gesetzt!

Ein russischer Oberstleutnant zum Tode verurteilt. Das Militärgericht zu Wladiwostok hat den Oberstleutnant Sotin, der einen Bevollmächtigten der Firma Kunst u. Albert, namens Shadin, im Jähzorn erschossen hatte, zum Tode verurteilt. Das Gericht erkannte an, daß Sotin gereizt worden sei. Die Verteidigung hat die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt.

Aus Nah und Fern.

Vandalismus. In der Nacht zum Karfreitag bald nach 11 Uhr bemerkte der in der Berliner Siegesallee patrouillierende Schutzmann, daß an mehreren Denkmälern Beschädigungen vorgenommen waren. Bei näherer Besichtigung stellte er fest, daß an dem Denkmal Friedrichs des Großen der Schnabel des Adlers des linken Bankprofils, an dem Denkmal des Kurfürsten Joachim Friedrich der Schnabel des Adlers des rechten Bankprofils, an dem Denkmal des Kur-

KNORR

Schon die dritte Generation Jung-Deutschlands gedeiht ausgezeichnet bei

Knorr-Hafermehl.

Das Paket kostet nur 30 Pfg.

Fürsten Joachim II. die Schnäbel der Adler der beiden Bankprofile und an dem Denkmal des Markgrafen Heinrichs des Kindes der Schnabel des Adlers des linken Bankprofils abgeschlagen worden waren. Die Beschädigungen sind anscheinend mit einem stumpfen Gegenstande ausgeführt, den der Täter so kräftig gebraucht hat, daß die abgeschlagenen Schnabelteile sämtlich in zahllose kleine Stücke zersplittert sind. Ein unter dem dringenden Verdacht, die Denkmäler beschädigt zu haben, festgenommener Mann ist der am 20. Juni 1873 zu Vitry geborene pensionierte Stabsarzt der französischen Marine Antoine Astier. Bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium machte er derartige Angaben, daß man zu der Ueberzeugung kommen mußte, einen Geisteskranken vor sich zu haben. Er behauptete mit dem glücklichsten Lächeln eines Kindes, Besitzer des Raffaelschen Gemäldes „La belle Jardinière", das sich in Paris befindet, zu sein und äußerte die Absicht, dieses kostbare Werk um vier Millionen in Berlin zu verkaufen. Er fragte auch, ob sich Jesuiten in Berlin befänden und ob der Jesuitengeneral eine Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser gehabt hätte. Auf Erkundigungen bei der französischen Botschaft erfuhr man, daß Astier auch dort bekannt sei und sich seit mehreren Monaten in Berlin aufhalte. Man habe ihm bereits zweimal das Reisegeld nach Frankreich gegeben, jedoch sei er nicht abgereist, habe das Geld vielmehr für andere Zwecke verbraucht. Auch auf der Botschaft ist man der Ansicht, daß Astier geistesgestört ist. Uebrigens hat der Sistierte bereits vor einigen Wochen ohne jede Veranlassung eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Ein Geständnis, die Tat begangen zu haben, hat er nicht abgelegt.

Familiendrama. In Berlin durchschnitt die Frau des Lackierers Helmsen, Falkensteinstr. 5, ihrem 6 Jahre alten Sohn und dann sich selbst wegen Ehestreitigkeiten die Kehle. Während der Knabe sofort tot war, konnte die Mutter noch lebend in ein Krankenhaus gebracht werden.

Ein Riesen-Konkurs. Die Verbindlichkeiten des in Konkurs geratenen Warenhauses W. Wertheim G. m. b. H. sollen sich auf etwa 20 Millionen Mark belaufen. Sie sind so hoch, daß sie unmöglich allein aus Warenschulden bestehen können. In der Tat belaufen sich die eigentlichen Warenschulden nur auf rund 3 Millionen Mark, während der Rest auf Zuschüsse des Fürstenkonzerns, d. h. gegenwärtig des Fürsten Hohenlohe entfällt. Die Geschichte des Warenhauses Wolf Wertheim ist von besonderem Interesse; gibt sie doch zugleich Einblick in die Technik moderner Finanzgeschäfte. Die Berliner Terrain- und Bau-Aktien-Gesellschaft (ursprünglich eine Gründung des Bankiers Neuburger, später im Besitz der von den Fürsten Hohenlohe und Fürstenberg finanzierten Gruppe) hatte in der Friedrichstraße nördlich der Linden für die Passage-Kaufhaus-A.-G. den Passagebau aufgeführt. Um die Passage-Kaufhaus-A.-G. zu halten, mußte die Berliner Terrain- und Bau-A.-G. sehr bald 12½ Millionen Mark Hypotheken auf den Passagebau geben. Aus dem ursprünglich beabsichtigten „Warenhaus für Spezialgeschäfte" wurde nichts und so mußten sich Passage-Kaufhaus-A.-G. und ihr Hypothekengläubiger (die Terrain- und Bau-A.-G.) nach einem neuen Mieter umsehen. Wolf Wertheim, der infolge von Differenzen mit seinen Brüdern gerade aus der Firma A. Wertheim ausschied, zog als Mieter ein, d. h. nicht persönlich, sondern die von ihm gegründete W. Wertheim G. m. b. H. Den Kredit für den Betrieb und die sehr rasch vorgenommene Erweiterung (Miete von Geschäftsräumen in der Potsdamer Straße und am Dönhofplatz) verschaffte zum großen Teil wiederum der Fürstenkonzern. Im Jahre 1909 wurde die Firma mit 1 Million Kapital gegründet, erfuhr aber nach und nach Kapitalserhöhungen bis auf 4 Millionen Mark. Daneben schwollen die von dem Fürstenkonzern gewährten Kredite an. Im Jahre 1912 hatte die Berliner Terrain- und Bau-A.-G. allein fast 10½ Millionen zu fordern und da es der Terraingesellschaft schlecht ging, übernahmen die Fürsten die Ablösung dieser Kredite. Inzwischen sind aber die Finanzkredite der Wolf Wertheim G. m. b. H. weiter gewachsen. Fürst Hohenlohe, dem bei der Trennung von dem Fürsten Fürstenberg das Warenhaus zugefallen ist, soll mindestens 15 Millionen zu fordern haben. Da eine bessere Entwicklung des Warenhauses Wolf Wertheim nicht zu erwarten ist und Fürst Hohenlohe infolge des allgemeinen Krachs der Fürstenkonzernunternehmungen in mißlicher finanzieller Lage ist, stellt er die Zuschüsse ein und überliefert das Warenhaus dem Konkurs.

Ein geheimer Agent der Berliner politischen Polizei weilt nach Mitteilungen polnischer Blätter zurzeit in Lemberg (Galizien). Es sei dies ein gewisser Dyrda aus Berlin, welcher Vertrauensmann der Berliner politischen Polizei, des deutschen Ostmarkenvereins und zugleich Vertrauensmann der Gesellschaft „Providentia", sei, welche die Auswanderung der ruthenischen Saisonarbeiter aus Ostgalizien organisiere. Nach den polnischen Blättern gibt sich Herr Dyrda in Lemberg als reisender Kaufmann aus Berlin aus. Er soll auch sonst noch als preußischer Polizeiagent in Galizien tätig sein. Die polnischen Blätter warnen vor Dyrda, der bald in diesem, bald in jenem Hotel wohne und auch engste Fühlung mit dem deutschen Generalkonsulat in Lemberg unterhalte.

Wiedereröffnung der Schiffahrt. Der Dampfer „Ermack" traf in Kronstadt ein und berichtete, daß die Wiedereröffnung der Schiffahrt in etwa acht Tagen mit Hilfe von Eisbrechern möglich sein werde.

20 Zentner Saccharin im Karussell versteckt. Eine eigenartige Entdeckung wurde in Pfundstadt bei Frankfurt gemacht. Dort sollte in den nächsten Tagen ein Karussell versteigert werden, das von der Schweiz eingetroffen war. Als das Karussell näher besichtigt wurde, stellte sich heraus, daß sämtliche Holzpferde des Karussells ausgehöhlt und mit Saccharin gefüllt waren. Es wurden etwa zwanzig Zentner des Süßstoffes in den Holzpferden versteckt aufgefunden. Der Besitzer des Karussels, der früher in Pfundstadt wohnte, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden.

Absturzkatastrophe auf dem Dresdener Flugplatz. In Gegenwart zahlreicher Zuschauer hat sich am Karfreitag auf dem Flugplatze Kaditz bei Dresden ein Flugzeugabsturz zugetragen, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der bekannte Flieger Hermann Reichelt war gegen halb sechs Uhr nachmittags mit seiner Schwägerin, einem Fräulein Steglich, zu einem Schleifenfluge aufgestiegen. Das Publikum bewunderte bereits längere Zeit die eleganten Kurven und Spiralen, die das Flugzeug ausführte, als plötzlich der Apparat sich um seine eigene Achse drehte und aus etwa 200 Meter Höhe zur Erde stürzte. In einer Höhe von etwa 50 Meter stürzte Fräulein Steglich aus dem Apparat und war, als Leute an die Stelle, wo sie niederfiel, eilten, bereits tot. Reichelt selbst wurde unter seinem Apparat begraben; er erlitt so schwere Knochenbrüche, daß er kurze Zeit nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Das schwere Unglück ist auf Bruch eines Flügels des Apparats zurückzuführen.

Der Frankfurter Polizeiskandal. Die Untersuchung gegen den Polizeikommissar Schmidt von der Sittenpolizei in Frankfurt a. M. führt zur Aufdeckung von Verfehlungen auch anderer Beamten. Als Schuldige kommen, wie jetzt berichtet wird, auch Schutzleute von der Sittenabteilung in Betracht. Den Schutzleuten wird ebenfalls Bestechung zur Last gelegt. Geschenke, Geld und freies Vergnügen in den Bordellen sind die Bestechungsmittel gewesen, denen die Beamten unterlegen sind. Man mag über die Verfehlungen der Beamten noch so streng urteilen, so muß doch auch immer betont werden, daß die ganze Institution der Sittenpolizei und die Stellung der Behörden und der Gesellschaft zur Prostitution für die Beamten der Sittenpolizei eine stete Gefahr für ihre Moral ist. Die Polizei duldet stillschweigend den Betrieb von Bordellen, trotzdem sie gegen die Inhaber dieser Häuser wegen Kuppelei Anzeige erstatten müßte. Diese stillschweigende Duldung ist, darüber kann kein Streit sein, eigentlich ein Amtsvergehen, denn die Polizei hat für alle strafbaren Handlungen, von denen sie erfährt, die Bestrafung herbeizuführen. Das geschieht aber nicht, wenn es sich um Bordellinhaber handelt: im Gegenteil, es werden da beide Augen zugemacht. Ist es da verwunderlich, wenn ein Beamter, der täglich sieht, wie dem Gesetz ein Schnippchen geschlagen wird, auf den Gedanken kommt, es nicht so genau zu nehmen und sich seine Nachsicht gut bezahlen zu lassen? Die mehr oder weniger Schuldigen werden ja nun bestraft werden. Die Ursache ihrer Verfehlungen wird aber lustig weiter bestehen.

Bei dem Radrennen auf dem Leipziger Sportplatz kam der Rennfahrer Van Nek im Dauerrennen durch einen Pneumatikdefekt an seinem Hinterrad zum Sturz und fiel so unglücklich, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Er wurde sofort in das Krankenhaus St. Jakob gebracht. Seine Verletzungen sind aber so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

4 Räuber hingerichtet. Vier Neuyorker Straßenräuber die vor zwei Jahren den Spieler Rosenthal ermordeten und deshalb zum Tode verurteilt wurden, sind im Singsinggefängnis durch den elektrischen Stuhl hingerichtet worden.

Wahnsinnstat. Der Offiziersdiener Rahsud des Majors Dodd in Peschewar, der dem britischen politischen Agenten in Wastristan zugeteilt war, verletzte den Major und einen anderen Offizier durch Revolverschüsse und erschoß einen britischen Artillerieoffizier, sowie zwei andere Offiziere. Er wurde durch Grenzpolizeibeamte getötet.

Erschossener Wilderer. Im Jagdgebiet von Ebersheim wurde der Wilderer Egele vom Feldwebel Erdmenger vom 18. Jägerbataillon durch einen Revolverschuß getötet. Der Feldwebel, der mit dem Jagdhüter auf einem Rundgang begriffen war, wurde von dem Wilderer mit dem Gewehr bedroht.

Furien. Vor einem Pariser Advokaten gerieten die beiden Schwestern Fleuriam in einer Erbschaftsangelegenheit in Streit. Die dreißigjährige Henriette ergriff einen Revolver und schoß auf die 27jährige, die schwer verwundet wurde. Die ältere bekam einen Tobsuchtsanfall.

Trotz Fallschirm verunglückt. Als bei den Schauflügen in Alpern der Flieger Lemonier eine Höhe von 400 Metern erreicht hatte, sprang sein Mitflieger Bourhis mit einem Fallschirm vom Flugzeug ab; beim Aufschlagen auf den Erdboden brach er beide Beine und erlitt innere Verletzungen. Das Flugzeug verlor das Gleichgewicht und stürzte zu Boden. Lemonier sprang heraus und trug schwere Verletzungen davon. Das Flugzeug wurde zertrümmert.

Überfallener Pfarrer. In Saint Maxent bei Amiens wurde der Pfarrer Desachy, als er gegen 9 Uhr abends die Kirche verließ, von einem maskierten Mann in Frauenkleidern überfallen und durch Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt. Der Verbrecher ist entkommen.

Mord und Selbstmord. Der Schuhmacher Gimotzki in Bukwitz, Kreis Fraustadt, erschlug seine Schwiegermutter und flüchtete dann. In einem Abort zu Wollstein wurde er vergiftet aufgefunden.

Kapitalverbrechen durch Kapitalisten. Im Hafen von Bombay sind in jüngster Zeit häufig in den Baumwollspeichern Brände ausgebrochen, bis jetzt sind bereits für 6 Millionen Mark Baumwolle verbrannt. Die Brandstifter sollen Baumwollspekulanten sein, die durch die Vernichtung größerer Mengen Baumwolle die Preise in die Höhe treiben wollen. Vor ein paar Jahren haben Kaffeespekulanten in Brasilien Unmengen Kaffee ins Meer versenkt, um die Preise künstlich zu heben. Die Kapitalisten schrecken also zuweilen auch vor Kapitalverbrechen nicht zurück, um auf Kosten der Masse ihren Profit zu steigern. Dagegen sind unsere Agrarier, die vorläufig nur mal den Vorschlag machten, die Kartoffeln auf dem Lande verfaulen zu lassen, noch einigermaßen harmlos. Allerdings auch weniger aus Moral oder aus Hochachtung vor den Strafgesetzen, sondern weil sie mit den Gesetzen und mittels der Gesetze die Konsumenten schon genügend ausbeuten können.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A. 3118

Mittwoch, den 15. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"

Gewerkschaftsvorstände und Hilfskassierer
Sitzung
am Freitag, dem 17. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus".
Die Verwaltungskommission der Volksfürsorge.
3113)

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur silbernen Hochzeit und Konfirmation unseres Sohnes Heinrich sagen unsern herzlichsten Dank.
Emil Rasmussen und Frau geb. Stricker.
3127)

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur silbernen Hochzeit sagen wir herzlich
Friedr. Moll und Frau geb. Bohnhoff.
3126)

Verspätet!
Nachruf.
Am Donnerstag, dem 9. April verschied unser Kollege (3114)
J. Flotow.
Ehre seinem Andenken!
Der Verein selbst. Schuhmacher.

Verschiedene Volksschulbücher zu verkaufen. Zu besehen abends. ... Wahmstr. 22, II. rechts.

Kleines Ruderboot
zu verk. Fackenburgerallee 34, part.

Tüchtige
Rock- u. Hosen-Schneider
sowie ein
Tagschneider
auf dauernde Arbeit. (3133)
Justus Meyer.

Rote und weiße Frühkartoffeln und Magnum-bonum-Pflanz- und Eßkartoffeln zu verkaufen. (3129)
Reiferstraße 2a.

Ein Klappsportwagen und ein Selbstfahrer zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter S A 7 an die Expedition d. Bl. (3110

Familien-Festlichkeit halber ist am Mittwoch mein Lokal
von 1 Uhr ab geschlossen.
J. C. F. Jürss,
Engelsgrube 59.
3124)

Unterricht in der Damenschneiderei Musterzeichnen und Zuschneiden sämtl. Damen- u. Kindergarderobe erteilt Frau K. Baisch, Damenschneidermstr.
3125) Große Burgstraße 42, III.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

1274) Kaufe jeden Posten ausgekämmtes Haar.
Herm. Klempau
Ludwigstr. 35 u. Hansestrasse 29, II.

Kränze
Buketts u. Girlanden
127) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Ad. Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter
Fünfhausen 13 (102
Uhren, Gold- u. Silberwarenhandlg.

Schillers Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12,
Detail-Verkauf a. d. Diele.
Große Posten (2315
Rahmkäse und Schweizerkäse Pfund 60 Pfg.

Konzerthaus Fünfhausen. 3116
Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Mittwoch: Groß. Tanzkränzchen.

Seine Uhren-Reparatur-Werkstatt, Goldwaren-Reparatur-Werkstatt empfiehlt (3132
Willi Westfehling,
32 Holstenstrasse 32

Heines Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstr. 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Zentral-Verband der Schuhmacher
Mitglieder-Versammlung
heute,
am Dienstag, dem 14. April
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
3121) Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 15. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1914.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
3122) Die Ortsverwaltung.